Nr. 169 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Donnerstag, den 26. Juli 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zlp. Anzeigen unter Text 0.60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Litauen und die polnischen Manöver im Wilnagebiet

Die Manöver eine Gefahr für Litauen — Eine Note an den Völkerbund

Kowno. Die litauische Regierung übersandte dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note, in der unter Hinweis auf Pressemeldungen über polnische militärische Manöver im Wilnagebiet in der Demarkationslinie als Antwort auf vor kurzem beendete litauische Manöver in Varenai bestätigt wird, daß in Varenai jeden Sommer Schießübungen der litauischen Artillerie stattfinden. Die litauische Regierung habe aber stets die polnische Regierung hiervon benachrichtigt, um allen möglichen Meinungsverschiedenheiten zu begegnen. Das Zusammenziehen von Militär in großer Zahl an der Demarkationslinie würde für Litauen jedoch eine solche Gefahr hervorrufen, daß die litauische Regierung sich gezwungen sehen würde, die litauischen militärischen Posten zu verstärken. Unter solchen Umständen könnten Zwischenfälle sich ereignen, die den Frieden in Gefahr bringen würden. Zum Schluß ersucht die Note, diese Tatsachen nachzuprüfen und im positiven Falle die in der Entschließung des Völkerbundrates vom 10. Dezember 1927 vorgesehenen Organe zur Vermeidung drohender Grenzzwischenfälle in Tätigkeit treten zu lassen.

Litauen dementiert die angebliche deutsche Warnung

Kowno. Die litauische Telegraphenagentur dementiert amtlich ausländische Meldungen, die besagten, der deutsche Gesandte in Kowno habe im Namen seiner Regierung und der Regierungen Englands und Frankreichs Litauen vor der Fortsetzung der bisherigen unnachgiebigen Politik Polen gegenüber gewarnt. Die Agentur erklärt hierbei, daß aus Litauen kein Druck ausgeübt worden sei. Der deutsche Gesandte hätten anläßlich der polnischerseits gegen Litauen erhobenen Drohungen nur Erkundigungen über die litauisch-polnischen Bestimmungen einbezogen.

Die Meldungen der deutschen Presse sprechen bekanntlich nicht von einer Warnung, sondern von einer freundschaftlichen Aussprache des deutschen Gesandten mit der litauischen Regierung, und zwar lediglich im Namen der deutschen Regierung.

Die Zustände in den französischen Kolonien

Paris, Ende Juli 1928.

Jeder Bericht über die Zustände in den Kolonien bleibt noch unendlich weit hinter der Wahrheit zurück. Wenn der in Paris lebende französische Eingeborenenführer Renee Maran, ein Soziologe aus der Kolonie Martinique (bei Mittelamerika) in seinem Buch „Batouala" schildert, wie ein französischer Hauptmann den Eingeborenen zu trinken gibt, bis sie umfallen und wie er sich dann zu Orgien an ihnen ausläßt, so verstehen wir, daß die Wirklichkeit nur viel grausigere, viel unausdenkbarere Situationen kennt als die Literatur.

Aeußerlich sieht alles so aus, als herrsche „Ruhe u. Ordnung" auch in den Kolonien. Erst der Krieg mußte kommen, um uns Europäer mit brutaler Gewalt daran zu erinnern, daß es außerhalb Europas auch noch Menschen gibt, die zäh um ihre Freiheit kämpfen, um uns wieder darauf hinzuweisen, daß, als 1863 die Internationale in London gegründet wurde, dies zur Befreiung aller Unterdrückten geschah. Wie aber sieht die „Freiheit" in den Kolonien aus?

Vor dem Krieg gab es für die Eingeborenen keine allgemeine Wehrpflicht. Aber als nun Frankreich seit 1915 immer mehr Soldaten brauchte, da schrieb es den Gouverneuren vor, wieviel Eingeborene ihre Kolonie zum Schlachtfeld zu liefern hatte. In Westafrika gab der Gouverneur seine Befehle an die Verwalter weiter, und diese wandten sich ihrerseits an die ältesten und angesehensten Eingeborenen. Als Geisel wurden diese von den Verwaltern festgenommen, bis sich genügend junge Eingeborene „freiwillig" zum Morden meldeten. Als aber bald die alten Leute vorzogen, lieber als Geisel vom Verwalter gepeinigt zu werden als die jungen Menschen den europäischen Kriegskugeln zu schicken, da wurden auch die Frauen zusammengetrieben und so lange blutig geschlagen, bis sich genug freiwillige Helden für den Kampf an der Marne bereitfanden. In anderen Kolonien verlangte man die sofortige Zahlung von Steuern für ein ganzes Jahr statt der sonst üblichen Abrechnung in Monaten, und jeder, der nicht in der Lage war, auf ein Jahr seine Steuern sofort abzuführen, wurde zur Strafe sogleich ins Regiment gesteckt. Auch natürlich „freiwillig".

Im Jahre 1919 führte man dann, um vor sich selbst gerechter zu erscheinen, die allgemeine Wehrpflicht in allen französischen Kolonien ein. Im französischen Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht heißt es zwar, „jeder französische Bürger" habe sein Vaterland zu verteidigen, aber auf die Eingeborenen wird dieses Gesetz auch angewandt, obwohl sie alles weniger sind als „französische Bürger". Deshalb müssen sie auch drei Jahre dienen, während Frankreich sonst nur die achtzehnmonatige Dienstzeit kennt.

Wie steht es demgegenüber mit den Rechten der Eingeborenen? Als die wenigen Ueberlebenden 1919 aus Europa wieder in ihre Heimat zurück durften (viele von ihnen erklärten übrigens stolz, nie einen einzigen Schuß abgefeuert zu haben), da verlangten sie zum Teil eine wirkliche Gleichstellung mit den Franzosen, da wiesen sie darauf hin, daß sie sich durch ihren Ferienaufenthalt in den französischen Schützengräben doch wohl auch gewisse Rechte erkämpft haben müßten. So weigerten sich seit 1919 die Leute in Madagaskar (Ostafrika), noch weiterhin jene Sänften („Pußpuß" genannt) zu tragen, in denen sich reiche Leute auf der Insel Madagaskar herumtransportieren lassen. Aber der Gouverneur machte diesem Begehren durch ein Dekret vom 28. August 1921 ein Ende, wodurch für „Landstreicherei" eine Strafe von drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und eine Aufenthaltsverweigerung von 5 bis zu 10 Jahren (!) festgesetzt wurde. „Landstreicherei", das ist die Ablehnung des Sänftentragens. In den Kolonien kann jeder Gouverneur soviel Dekrete herausgeben wie er will.

Renee Maran hat vor zwei Monaten eine „Interessenvereinigung" unter der Ehrenmitgliedschaft von Rabindranath Tagore gegründet, die schon Hunderte von Mitgliedern in allen Ländern zur Bekämpfung der Rassenvorurteile (auch in Amerika und Japan!) um sich gesammelt hat. Auch der französische Sorbonne-Professor Langevin und der Eingeborenenführer S. Stefany, der auf der letzten Nationalratstagung der französischen sozialistischen Partei zur Kolonialfrage das Wort ergriff, sind Mitglieder dieser Vereinigung. Stefany gehört leider nicht zur französischen Delegation für den Brüsseler internationalen Sozialistenkongreß, auf dem die Kolonialfrage besprochen wird, auch sonst kein Sozialist (außer dem früheren Abgeordneten Lagrossiliere, von der Insel Martinique, der aber nur die Wahlrechtsfragen in den Kolonien kennt). Die französische sozialistische Partei wollte außer den bisher vorgesehenen 22 000 Franken für ihre 45 Brüsseler Vertreter nicht einen weiteren Centime für einen sozialistischen Kolonialvertreter opfern. Longuet protestierte energisch gegen diese Ironie, doch werden die Franzosen nach Brüssel leider eingeborenen — frei kommen.

Kurt Lenz.

Die Ententepresse hetzt

Um die Anschlußkundgebung — Die sozialistische Auffassung

Wie vorauszusehen war, hat der Verlauf des Deutschen Sängerbundesfestes in Wien, das zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Anschluß Oesterreichs an das Reich wurde, die Pariser Presse mobil gemacht, um gegen die „unverschämte pangermanistische Aktion" schärfsten Protest zu erheben. Frankreich, so heißt es im „Temps", kann ebenso wenig wie die Nachbarländer Oesterreichs, insbesondere wie Italien und die Kleine Entente, zulassen, daß sich der Anschluß vollzieht. „Petit Parisien" nennt die „deutsche Invasion nach Wien" eine Generalprobe zur endgültigen Annektion Oesterreichs. Auf denselben Ton ist die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs gestimmt, die in grellen Farben dem Pariser Spießbürger die Gefahr eines gewaltigen deutschen Blockes vor Augen malt.

*

Paris, 24. Juli. Eine bemerkenswerte Auffassung der Wiener Anschlußkundgebung ist einzig in der „Populaire", dem offiziellen Organ der sozialistischen Partei, zu finden. Ihre Ausführungen sind einzigartig und verdienen festgehalten zu werden:

„Unsere Nationalisten sollten die letzten sein, die sich über die Anschlußkundgebungen aufregen. Wenn Nationalismus und Patriotismus die ersten Tugenden des französischen Bürgers sind, warum sollten diese Eigenschaften auf der anderen Seite der Grenze zu Lastern werden? Aber es handelt sich gar nicht um Nationalismus. Die Deutschen wünschen den Anschluß fast einstimmig. Der Fall ist denkbar normal; denn der Vertrag ist doch wohl auf den 14 Punkten Wilsons aufgebaut, zu denen auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört. Allerdings haben die Urheber des Vertrages in Anwendung dieses Grundsatzes die Grenzen so gezogen, daß außer den Siegerstaaten niemand damit zufrieden ist. Man hat einen ganz unmöglichen Staat geschaffen, der nicht lebensfähig ist: Oesterreich. Die Berichtigung der Grenzen ist ein Werk auf lange Sicht. Aber man darf sich nicht wundern, wenn die Beteiligten einstweilen friedlich ihre Wünsche bekunden. Wenn man diese Kundgebungen nicht wollte, dürfte man das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verletzen."

London, 24. Juli. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt: Der Ton der französischen Pressekritik zum Sängerbundesfest in Wien, der, wie bei allen wichtigen Gelegenheiten, eine Einstimmigkeit zeigt, die auf Inspiration hindeutet, geht bis zu Drohungen. Der Berichterstatter betont, daß die Friedensverträge nichts enthielten, was eine österreichisch-deutsche Forderung nach Vereinigung verhindern könnte, und daß die Alliierten daher kein Recht hätten, sich einzumischen. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß die Wiener Kundgebungen in Paris so ernst genommen würden, daß eine diplomatische Rückwirkung mehr als wahrscheinlich sei.

Der Rosittener Spionageprozeß

Riga. Der große Spionageprozeß zugunsten Sowjetrußlands in Rositten (Lettland) ist beendet worden. Der lettische Kriegsgerichtshof hat vier lettische Staatsangehörige, die Führer der lettischen Grenzwache waren, zum Tode durch Erhängen verurteilt. Vier Angeklagte wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus, neun weitere zu Zwangsarbeit von fünf bis fünfzehn Jahren verurteilt. Die Verteidiger der zum Tode verurteilten Angeklagten haben Schritte um Begnadigung beim Staatspräsidenten unternommen. Der russische Gesandte hat über den Verlauf dieses Prozesses einen Bericht nach Moskau gesandt.

Die Folge des Rosittener Spionageprozesses

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Urteil im großen Rosittener Prozeß gegen die russische Spionage in Lettland in Moskauer Kreisen Empörung ausgelöst. Der Kriegs- und Revolutionsrat hat in diesem Zusammenhang den Militärattachee der Rigaer Sowjetgesandtschaft, Sudakow, seines Postens enthoben.

In dem zu gleicher Zeit in Rußland angestrengten Prozeß gegen die lettischen Spione zugunsten Englands in Leningrad hat der Staatsanwalt gegen zwei Angeklagte die Todesstrafe beantragt. Man ist der Ansicht, daß es zu einem Austauschverfahren zwischen den beiden Ländern kommen werde. Der Vertreter der lettischen Gesandtschaft hat als Sachverständiger an diesem Prozeß teilgenommen.

Verhandlungen im Lohnstreit des Bergbaues im Saargebiet

Saarbrücken. Die Regierungskommission hat die Führer der Gewerkschaften Dienstag vormittag zu einer Besprechung über die Lohnforderung der Bergleute eingeladen. Die Arbeitervertreter haben in dieser Zusammenkunft die Forderungen der Belegschaften vorgelegt und gleichzeitig der Regierungskommission keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei einem weiteren ablehnenden Verhalten der Bergwerksdirektion und des Verwaltungsrates der Saargruben am 1. August mit dem Beginn eines allgemeinen Streikes zu rechnen ist. Die Regierungskommission gab die Zusicherung, sich mit der Frage zu befassen und auf eine Lösung hinzuwirken.

Parker Gilberts Besprechungen in Paris

Paris. Außer mit Poincaree hatte der Reparationsagent Parker Gilbert am Montag Besprechungen mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich und verschiedenen französischen und amerikanischen Finanzleuten. Wie der gut unterrichtete Exzelsior erfährt, wird Parker Gilbert nächstens Paris verlassen. Für den Augenblick seien keine Verhandlungen über die Festsetzung der deutschen Schuld und die Revision des Dawesplanes vorgesehen, da die Lösung verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen erst nach den amerikanischen Präsidenten und Senatswahlen erfolgen könne.

Ein Verbot des Memelländischen Kreiskommandanten in Heydekrug

Heydekrug. Das vor kurzem abgebrannte Haus der litauischen Schützen in Heydekrug, wurde, nachdem die Versicherung die Gelder bezahlt hatte, wieder aufgebaut. Mitten im Aufbau hat jetzt der Memelländische Kreiskommandant, ohne jede Angabe von Gründen, den Weiterbau verboten. Der memelländischen Presse wurde untersagt, dieses Verbot zu veröffentlichen.

Arbeitslosendebatte im Unterhaus

London. Im Unterhaus begann am Dienstag die Aussprache über die Frage der Arbeitslosigkeit. Der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, stellte fest, daß das Parlament das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit mit Sorge betrachte und die Wirkungslosigkeit der Regierungsmaßnahmen zu ihrer Bekämpfung bedauere. Macdonald wies auf den Bericht des Ausschusses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hin, wonach allein zweihunderttausend Bergarbeiter für absehbare Zeit ohne Beschäftigung bleiben würden. Die Frage der Arbeitslosigkeit könne nur gelegt werden durch gleichzeitige Behandlung der Frage der industriellen Erzeugung und des Austausches der Arbeitskräfte in der Heimat und im Auslande. Macdonald lenkte ferner die Aufmerksamkeit des Hauses darauf, daß durch Börsenspekulationen höhere Gewinne erzielt würden als durch industrielle Tätigkeit. Diese Tatsache erfülle das Volk mit schwerer Sorge. Seiner Ansicht nach sei sie einer der Hauptgründe für die Arbeitslosigkeit. Die neuen Steuervorschläge des Schatzkanzlers bezeichnete Macdonald als eine milde Gabe, die keinen Erfolg haben könne.

Ministerpräsident Baldwin, der darauf das Wort ergriff, erklärte, die letzten Zahlen bewiesen, daß die größte Arbeitslosigkeit in der Schwerindustrie, besonders in der Kohlen- und der Baumwollindustrie, zu finden sei. Im Handel habe sich die Lage der Arbeitslosigkeit im allgemeinen nicht verändert. Unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärte Baldwin, es müsse möglich sein, aus dem steigendem Wohlstande im Süden und im mittleren Teile des Landes den besonders notleidenden Bezirken Erleichterungen zu verschaffen. Man sollte zunächst versuchen, die Arbeitslosigkeit in den am stärksten mitgenommenen Gebieten dadurch zu bekämpfen, daß man Arbeitsangebote aus den aufnahmefähigen Gebieten nach dort richte.

Amerikanische Eisenbahnanleihe für Südchina

Peking. Wie aus Nanking gemeldet wird, hatte Außenminister Wang in Schanghai eine Konferenz mit dem Vertreter eines amerikanischen Finanzkonsortiums, John Baker. Die amerikanische Gruppe ist bereit, eine Anleihe im Betrage von 10 Millionen Dollar für den Bau von Eisenbahnen und Kanälen zu gewähren. Die Nankingregierung wird diese Anleihe annehmen, wenn das amerikanische Kapital sich bereit erklärt, sich der Kontrolle der Nankingregierung zu unterwerfen.

Tschiangkaischek hat Truppen nach Tschifu entsandt, um den Kampf gegen Tschangsuntschang aufzunehmen.

Internationale Untersuchung in der Italia-Katastrophe

Oslo. Die hiesige Zeitung „Dagbladet" fordert die norwegische geographische Gesellschaft auf, Schritte zur Einleitung einer Untersuchung der „Italia"-Katastrophe zu ergreifen. Je ein Mitglied der Schwestergesellschaften in Stockholm, Kopenhagen, London, Paris, Rom, Petersburg und Washington solle als Sachverständiger an einem internationalen Untersuchungsausschuß für diese Angelegenheit teilnehmen. Die Geographische Gesellschaft solle sofort alles zur Verfügung stehende Material einfordern, und von einem engeren Ausschuß bearbeiten lassen. Außerdem müsse ein bevollmächtigter Vertreter nach Spitzbergen reisen und sich an Bord des Eisbrechers Krassin begeben. Als Mitglieder des Ausschusses werden u. a. Friedjof Nansen, Sven Hedin und Charlels Ribot in Vorschlag gebracht. Die Kriegsschiffe „Tordenskjöld" und „Strasbourg" sind Dienstag in Tromsö eingetroffen, wo die Führer der Hilfsexpeditionen für Amundsen eine Beratung abhalten wollen. Die Suche nach der Latham soll fortgesetzt werden. Der Amerikaner Elsworth hat die hiesige amerikanische Gesandtschaft um ein Flugzeug ersucht, da er die Absicht habe, an der Suche nach Amundsen teilzunehmen.

In Narvik steht ein Schlafwagen 1. Klasse für die „Italia"-Mannschaft bereit, doch weigern sich die Italiener, nähere Auskünfte über die Reiselinie zu geben. Man nimmt an, daß der Salonwagen über Malmö nach Kopenhagen und weiter nach Deutschland geleitet werden soll.

Weitere Suche nach Amundsen zwecklos

Kopenhagen. Wie der Leiter des norwegischen Flugverkehrwesens, Kapitän Meisterlin, der hiesigen Zeitung „Extrabladet" mitgeteilt hat, müsse man die weitere Suche nach der Latam jetzt als zwecklose Bemühung bezeichnen. Die Latam sei so schwer belastet gewesen, daß man annehmen müsse, sie sei bald nach dem Start abgestürzt und sofort untergegangen.

Malmgreens Leiche aufgefunden?

Oslo. Die Nachsuche nach der „Latham" hat vorläufig zu keinem Ergebnis geführt. Aus Neu-Olesund kommt das Gerücht, daß Rijser Larsen die Leiche Malmgreens gefunden haben soll.

Die Mitteilung muß mit größter Vorsicht aufgenommen werden, da amtlicherseits von der Auffindung der Leiche gar nichts bekannt ist.

Der amerikanische Senat für den Kelloggpakt

Paris. Wie die Chikago Tribune aus Washington meldet, erklärten dem Weißen Hause nahestehende Persönlichkeiten, daß der Senat dem Kriegsächtungspakt in seiner gegenwärtigen Form zustimme. Ein einflußreiches demokratisches Mitglied der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten gab der Meinung Ausdruck, daß seine Partei mit den Republikanern darin übereinstimme, den Antikriegspakt von ganzem Herzen zu unterstützen.

Tunnel unter dem Bosporus geplant

London. In den Vorschlägen des Anglo-italienischen-Balkan-Eisenbahn-Syndikats an die türkische Regierung ist, nach Meldungen aus Konstantinopel, auch der Bau eines eine Meile langen Tunnels unter dem Bosporus vorgesehen, der von Ortaköi auf der europäischen Seite nach Kuskunjuk auf der asiatischen Seite führen soll.

Rumänien entsendet neue Unterhändler nach Berlin

Berlin. Berliner Blätter melden aus Bukarest: Die Regierung hat beschlossen, den ehemaligen Minister Lapedain und den Vertreter Rumäniens bei der Reparationskommission, Zenceanu, nach Berlin zu entsenden, um dort zusammen mit dem Gesandten Comnene die Interessen Rumäniens bei den Verhandlungen über die schwebenden Fragen zu vertreten.

Zwei Jahre Kabinett Poincaree

Paris. Das am 23. Juli 1926 im Zeichen der nationalen Union gebildete Kabinett Poincaree konnte am Montag auf ein 2jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat Ministerpräsident Poincaree die Mitglieder des Kabinetts zu einer Feier eingeladen, die am 1. September im Anschluß an den Ministerrat auf dem Landsitz des Ministerpräsidenten in Sampigny stattfinden wird.

Ein jugoslawisches Munitionslager in die Luft geflogen

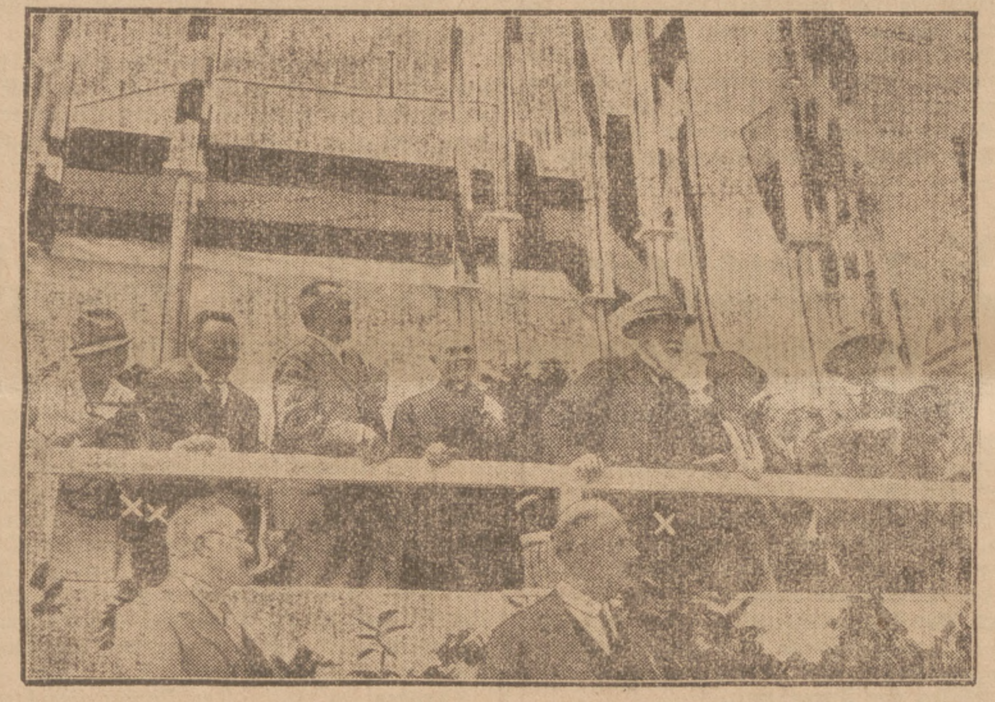
Wien. **Wie die „Stunde" aus Belgrad meldet, hat sich in Cattaro eine schwere Explosionskatastrophe ereignet. Ein staatliches Munitionslager ist in die Luft geflogen, wodurch eine noch nicht feststellbare Anzahl von Soldaten getötet worden ist. Da die Explosionen noch andauern, konnten Tote und Verwundete noch nicht geborgen werden. Gerüchte wollen wissen, daß es sich um ein Attentat handelt.**

Vor amerikanisch-chinesischen Verhandlungen

London. Wie von zuverlässiger Seite in Washington verlautet, hat Staatssekretär Kellog erklärt, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, über die Frage der Vertragsrevision mit den chinesischen Nationalisten zu verhandeln. Wie es heißt, sollen bereits Vorbereitungen für eine amerikanisch-chinesische Konferenz getroffen sein, an der sich auch die anderen auswärtigen Mächte beteiligen könnten.

Brennende Oeltanks bringen drei Städte in Gefahr

London. Wie aus Woodriver im Staate Illinoys gemeldet wird, ist in den städtischen Oelraffinerien ein Großfreuer ausgebrochen, daß insgesamt acht Oeltanks mit einem Fassungsvermögen von ½ Millionen Barrels entzündete. Das Riesenfeuer, daß durch einen starken Wind unterstützt wird, bringt die Städte Hartford, Woodriver und East Alton, wo sich die riesigen Raffinerien der Standart Oel Compagnie und der Roxana Raffinerie Compagnie befinden, in große Gefahr. Zahlreiche Freiwillige leisten der Feuerwehr bei den Löscharbeiten Hilfe.



Vom Bundessängerfest in Wien

Die Regierungstribüne mit dem Bundespräsidenten Hainisch (X) und Reichstagspräsidenten Löbe (XX).

Louba der Spieler

Roman von Edgar Wallace.

39)

Kapitel 20.

Miller hat eine Theorie.

Für einen Londoner war Dr. Warden ein Frühaufsteher. Er hatte eine große ärztliche Praxis und war ein gewissenhafter Arbeiter.

Er hatte sein Frühstück beendet und durchflog gerade die Zeitungsspalten, die von der Mordtat berichteten. Er war im Innersten froh, daß sein Name nicht genannt war. Die Reporter hatten sich auf den Distriktsarzt gestürzt. Zwar mußte Dr. Warden bei der gerichtlichen Untersuchung seine Aussagen zu Protokoll geben, aber er freute sich doch über die Atempause bis dahin, denn er machte sich nichts daraus, von Berichterstattern ausgefragt zu werden.

Als das Mädchen einen Besucher ankündigte, machte er gerade einige Versuche in seinem Laboratorium.

„Lassen Sie ihn eintreten, Mary."

Es war Miller, Loubas Diener.

„Guten Morgen, Miller. Das ist eine sehr heikle Angelegenheit. Es tut mir sehr leid um Sie. Ich vermute, Sie stehen auch unter Verdacht. Das passiert jedem bei einem solchen Fall, also machen Sie sich nichts daraus," setzte er hinzu, als er die Bestürzung in dem Gesicht des Mannes bemerkte. „Haben Sie neue Nachrichten?"

„Nein, Herr Doktor, nur daß die Polizei diesen Charlie bis zu einem Hotel verfolgt hat. Aber er war weg, als sie hinkam."

„Das habe ich schon gelesen," sagte der Doktor. „Man nimmt an, daß er noch in London ist."

„Herr Doktor." Miller stockte, „Dürfte ich Ihnen etwas erzählen? Entsinnen Sie sich, als ich ausging, um meine Braut zu sehen und unsere Verabredung zu verschieben?"

„Ja," sagte der Doktor. Wenn Sie wollten, hätten Sie genügend Zeit gehabt, um die Feuertreppe hinaufzusteigen," meinte er scherzhaft.

„Um Gottes willen, setzen sie ihnen nur diese Idee nicht in den Kopf." sagte Miller nervös.

Dr. Warden lachte.

„Ich habe nur Scherz gemacht — vielleicht ein etwas unangebrachter Scherz, wie? Nun, was hat's damit?"

Miller atmete tief.

„Nun, Herr Doktor, wissen Sie auch, daß das Haus beobachtet wurde?"

„Ich habe gehört, daß ein Mann namens Weldrake dort gesehen wurde, ein Mann, den niemand kennt und den man auch nicht finden kann," entgegnete der Doktor.

„Nein, den meine ich nicht. Jemand, den wir wirklich kennen."

Der Doktor runzelte die Stirn.

„Meinen Sie Herrn Leamington? Haben Sie ihn gesehen?"

„Nein, Herr Doktor, auch nicht Herr Leamington. Aber der letzte Mensch auf Gottes Erdboden, den ich zu sehen erwartete — Herr Hurley Brown."

„Was!"

„Herr Hurley Brown. Ich sah ihn ganz deutlich."

„Aber das ist ja unmöglich, Miller. Herr Hurley Brown speiste in meinem Klub zu Nacht, als ich dorthin kam, und ich ging direkt wieder zurück."

„Das macht gar nichts, Herr Doktor," meinte der Mann verbissen. „Es war Herr, oder wie er genannt wird, Hauptmann Hurley Brown. Er stand hinter dem Gartentor von Braymore House als ich fortging."

„Allein?"

„Ja, Herr Doktor. Ich sprach mit dem Kammerdiener von der Wohnung unter uns — mit dem Mann, der wegen der Blutflecken an der Decke zu uns heraufkam — und er sagte, er sah einen Mann an der Tür stehen, als Charlie hereinkam, und dieser Mann müsse Herr Brown gewesen sein. Der Diener hat Charlie übrigens viel näher gesehen als ich."

„Warum nennt die Polizei den Mann eigentlich Charlie?"

„So nannte ihn der arme Herr Louba in meinem Beisein. „Kommen Sie herein, Charlie," sagte er. Ich erzählte das dem Inspektor Trainor. Brown beobachtete, wie Charlie den Gartenweg bis zur Hintertür des Hauses benutzte — so erzählt wenigstens der Diener — und dann ging er weg, bevor der Diener sein Gesicht sehen konnte. Und es ist meine Meinung, Herr Doktor," — Millers hageres Gesicht zuckte vor Aufregung, als er seine große Theorie ausbreitete — „es ist meine Meinung Herr Doktor, daß man zwei und zwei zusammenzählen soll. Wenn jemand weiß, wer den Mord wirklich beging, dann ist dieser Jemand Herr Hurley Brown."

Dr. Warden sah den Mann sprachlos an.

„Das glaube ich felsenfest, Herr Doktor — Herr Hurley Brown weiß mehr über diesen Mord, als ...."

„Was fällt Ihnen ein!" polterte der Doktor los, mit vor Aerger hochrotem Gesicht. „Wie können Sie einen solchen Verdacht auszusprechen wagen. Herr Hurley Brown! Ein Polizeikommissar! Es ist eine Ungeheuerlichkeit! Genau so gut könnten Sie mich auch bezichtigen — ich war doch allein in der Wohnung, wenigstens eine Viertelstunde lang. Herr Brown! Na wissen Sie..."

„Es tut mir leid, Herr Doktor." murmelte der Mann niedergeschlagen. „Ich wollte ja nichts Böses anrichten. Aber gestern war er den ganzen Tag da und suchte etwas. Er ließ das Unterste zu oberst kehren."

„Aber natürlich! Es ist seine Pflicht, Miller! Was kann er denn sonst tun, als das Unterste zu oberst kehren lassen, nach Ihrem Ausdruck, um nach Spuren zu suchen?"

Miller ließ beschämt den Kopf hängen.

Immer konnte er sich nicht zum Gehen entschließen, obgleich anscheinend die Angelegenheit, die ihn hierhergebracht hatte, zu Ende war.

„Alle möglichen Leute pflegten Herrn Louba zu besuchen," sagte er endlich.

„Wer zum Beispiel?"

„Sir Harry Marshley beispielsweise, auch Lady Marshley. Und wenn ich darüber nachdenke, dann kommt es mir so vor, als ob dieser Charlie ihn ebenfalls öfter besucht hätte. Ich kann ihn nicht richtig unterbringen, aber die Art, wie er ging, kam mir sehr bekannt vor."

Der Doktor ließ einen schnellen Blick zu dem Diener hingleiten.

„Es kommt mir vor, als ob Sie etwas im Sinne hätten, was Sie mir gerne mitteilen möchten," meinte er. „Vielleicht sagen Sie es mir doch lieber — oder, noch besser, sagen Sie es der Polizei."

Beim Erwähnen der Polizei wurde Millers Nervosität wieder stärker bemerkbar. Er murmelte eine Entschuldigung wegen seines Kommens und eilte davon.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Einer, der durchaus wieder gewählt werden will!

Nachdem die Amtszeit des ungültig gewählten Betriebs- und Angestelltenrats auf Richterschächte abgelaufen ist, wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Zum Angestelltenrat sind zwei Vorschlagslisten eingereicht worden und zwar eine mit der Nummer 1 von den gesamten polnischen Angestellten Organisationen und eine Liste Nr. 2 vom Afabund. Wenn man sich die Liste Nr. 1 der polnischen Angestelltengewerkschaften ansieht, so stellt man etwas sehr eigenartiges fest. Auf dieser Liste figuriert nämlich an 3. Stelle Herr Betriebsratsvorsitzender a. D. **Jendrusch**, dem man auf dieser Anlage bereits den Titel Mussolini II. gegeben hat. Dieser Herr Jendrusch war nämlich noch bis vor kurzem Arbeiter und zwar Rohrleger, Holzfahrer usw. Vor etwa 3 Monaten avancierte er zum Markenkontrolleur und ist jetzt Angestellter geworden. Damit war natürlich die Herrlichkeit als Betriebsrats-Vorsitzender zu Ende. Er hätte auch nicht mehr Betriebsratsmitglied werden können. Da er aber durchaus wieder eine Rolle spielen will, hat er sich auf die Liste der vereinigten polnischen Angestelltenorganisationen zur Angestelltenratswahl aufstellen lassen. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender mußte er wissen, daß das nicht möglich ist. Auch der Wahlvorstand hätte hier besser aufpassen müssen. Das Betriebsrätegesetz schreibt in seinem § 20 ausdrücklich vor, daß wählbar nur solche Wahlberechtigte sind, die bestimmten Bedingungen entsprechen. U. a. müssen sie mindestens 3 Jahre dem Gewerbezweig oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind. Diese Bedingung erfüllt Herr Jendrusch auf keinen Fall. Er war bis vor 3 Monaten noch Arbeiter und ist jetzt Angestellter. Seine Tätigkeit als Arbeiter war eine wesentlich andere, als wie er sie jetzt als Angestellter hat. Wenn er vom Häuer zum Oberhäuer befördert worden wäre, dann wäre die Angelegenheit nicht zweifelhaft. Da er aber vom Holzfahrer bezw. Rohrleger zum Markenkontrolleur emporgestiegen ist, wird jeder Mensch zugeben müssen, daß er jetzt einem ganz anderen Berufszweig angehört. Er hätte also nicht aufgestellt werden dürfen. Vielleicht überlegt sich der Wahlvorstand noch, welche Maßnahmen er hier trifft. Sonst ist er ja immer sehr schneidig vorgegangen.

Es hat lange genug gedauert!

Es ist noch aus der Presse bekannt, daß gegen die Betriebsrats- und Angestelltenratswahlen auf Richterschächte, welche im Jahre 1927 stattfanden, von mehreren Organisationen bei der Bergbehörde Einspruch erhoben wurde, weil verschiedene Vorschriften des Wahlverfahrens seitens des Wahlvorstandes verletzt wurden. U. a. sind die Listen zum Betriebsrat und zum Angestelltenrat einiger Organisationsrichtungen nicht vom Wahlvorstand angenommen worden. Es galt deshalb damals nur eine Liste als gewählt, und zwar von seiten der Arbeiter und Angestellten je die polnische Liste. Genau am 23. Juli 1927, also vor einem Jahr fand die Wahl statt. Der Einspruch beim Bergrevieramt in Kattowitz war von Erfolg begleitet. Leider hat der Herr Bergrevierbeamte über ein halbes Jahr gebraucht, um festzustellen, daß die Wahl ungültig ist. In dem Bescheid, den das Bergrevieramt Kattowitz herausgab, wurde darauf hingewiesen, daß bis zur endgültigen Entscheidung der neugewählte Betriebs- und Angestelltenrat, weiter im Amte verbleibt. Diese Entscheidung stützt sich auf das Betriebsrätegesetz. Die Gegenseite, die mit dieser Entscheidung nicht zufrieden war, erhob Einspruch gegen dieselbe beim Oberbergamt in Kattowitz.

Anstatt nun diese Angelegenheit umgehend klarzustellen, hat wiederum das Oberbergamt ein halbes Jahr Zeit gebraucht, um zu entscheiden, daß die Wahlen im Jahre 1927 ungültig sind. Durch eine derartige Behandlung einer solchen wichtigen Frage ist ein ungültig gewählter Betriebs- und Angestelltenrat ein ganzes Jahr in Funktion gewesen. Es ist bedauerlich, daß das Betriebsrätegesetz keinerlei Vorschrift vorsieht, daß entweder der vor dem ungültigen Betriebsrat tätige Betriebsrat im Amte weiter verbleibt oder, daß die Feststellung, ob die Wahl ungültig ist, an eine Frist gebunden ist. Es ist ein Unding, daß eine ungültig gewählte Körperschaft ein ganzes Jahr fungieren kann. Man könnte sehr leicht die Frage aufwerfen, ob nicht alle Beschlüsse und alle Amtshandlungen, die diese ungültig gewählte Körperschaft gefaßt bezw. durchgeführt hat, gleichfalls ungültig sind. Es wäre sehr zu wünschen, daß in ähnlichen Fällen die Bergbehörde ihren Amtsschimmel etwas schneller in Trab setzt.

Die Ueberleitung zum Achtstundentag

Wie uns berichtet wird, soll der Demobilmachungskommissar in Warschau folgenden Plan zur endgültigen Ueberleitung zum Achtstundentag mit der Regierung festgelegt haben:

Bis zum 15. August: Maschinisten, Lokomotivführer, Rangierbetriebe, Heizer und Aufseher ohne Rücksicht auf die Art der Beschickung, gleichzeitig die Handwerker in diesen Betrieben. In der Bismarckhütte: Buntschweißerei und Beteerungsanlage, in der Königshütte: die Brikettierungsanlage.

Bis 15. September: die restlichen Arbeiter bei den Hochöfen und Stahlwerken, die Kranführer bei der Verladung von Dolomit, Schrott und Kalk, Maschinisten bei Gebläsemaschinen mit Wind und Dampf sowie Zentralen. In der Bismarckhütte: Sandstrahlgebläse, Draht- und Stabzieherei, in der Baildonhütte: Draht- und Stabzieherei, in der Laurahütte: Nägelfabrik.

Bis zum 15. Oktober: Die Arbeiter in Grobblechwalzwerken, sowie die restlichen Arbeiter in Feinblechwalzwerken einschließlich der Verlader, Bandagenwalzwerke, Hammerwerke, Preßwerke und die dort beschäftigten Handwerker. Darunter in der Hubertushütte und Friedenshütte: die Konstruktionswerkstätten, in der Königshütte: die Hüttenschmiede, in der Baildon- und Falvahütte: das Bandeisenwalzwerk, in der Friedenshütte: die Schaufelfabrik, Sägefabrik und Fabrikation von Reifen, in der „Silesia“: das Emaillewerk und die Appretur.

Der Endtermin der Ueberleitung ist auf den 1. November festgesetzt.

Finger weg von den sozialen Gesetzen!

Von Eugen **Peschka**.

Daß es der oberschlesischen Schwerindustrie nicht paßt, daß in Oberschlesien noch einige Errungenschaften der Arbeitnehmer aus der Revolutions- und Nachkriegszeit existieren, ist uns schon lange klar. Es ist ja auch von dieser Seite aus schon manches getan worden, damit diese Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden Lediglich einige Abänderungen, allerdings zuungunsten der Arbeitnehmer, wurden durchgesetzt, diese Gesetze ganz abzuschaffen ist auch dem sonst allmächtigen Großkapital nicht gelungen.

Nachdem sich die Schlotbarone totgelaufen haben, will nun ein kleinerer Vertreter des Kapitals sein Glück versuchen. In der „Polonia“ vom 19. 7. 28 veröffentlicht ein Dr. L. **Lampel** einen Artikel, betitelt: **„Die Rechtslage in Oberschlesien“.** In diesem Artikel verlangt der Schreiber mit todernster Miene die sofortige Aufhebung einiger Gesetze und Verordnungen den Handel und das Arbeitsrecht betreffend. Wenn man weiß, daß dieser Herr Dr. **Lampel** einer der leitenden Angestellten der „Wirtschaftlichen Vereinigung“, der Interessenvertreung des deutschen Groß- und Kleinhandels, der Mittel- und Kleinindustrie und der Handwerkerorganisationen ist, dann weiß man sofort aus welchem Loch der Wind pfeift. Man muß sich nur wundern, wie weit sich dieser Herr in einigen Jährchen entwickelt hat.

Wenn er die sofortige Aufhebung von Gesetzen über: **Höchstpreise, Schleichhandel, Preisprüfungsstellen, Wuchergerichte usw.** verlangt, so kann man im Rahmen dieses Aufsatzes darüber hinweggehen, obgleich auch da manches gesagt werden könnte. Wenn er aber die Aufhebung **arbeitsrechtlicher Gesetze** bezw. Verordnungen verlangt, so muß ihm ganz gehörig entgegengetreten werden. Welche Gesetze bezw. Verordnungen sollen nun nach seiner Ansicht schleunigst in den Orkus verschwinden. **Arbeitnehmer gebt acht! Die Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten** während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 12. 2. 1920 (und nicht vom 12. 12. 1920) sowie die **Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegungen vom 8. 12. 1920.** Was aber dem Faß den Boden ausschlägt ist, daß er auch die **Verordnung vom 23. 12. 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zum Teufel wünscht.** Auch diese Verordnung, die Gesetzeskraft hat, soll verschwinden. Er hat in den einigen Jährchen, die er im Dienste des Kapitals verbracht hat, wahrscheinlich viel gelernt. Ist ein sehr gelehriger Schüler der Herren Geisenheimer, Williger usw. Er überflügelt sie sogar noch Seine Sucht nach Ruhm geht noch höher. An der Tarifvertragsordnung zu rütteln, haben sich die großen Herren vom Berg- und Hüttenmann noch nicht getraut. Herr Dr. L. Lampel von der Wirtschaftlichen Vereinigung hat den traurigen Mut die **Abschaffung eines Gesetzes zu verlangen,** welches als eines der **Grundpfeiler des modernen Arbeitsrechtes** angesehen werden kann.

Die Begründung für die Aufhebung der obengenannten Verordnung ist dem Herrn Doktor nicht leicht gefallen. Eine fadenscheinigerere Begründung haben wir noch nicht gesehen. Wir wollen sie mal unter die Lupe nehmen und dem guten Doktor zeigen, was davon noch übrig bleibt. Er sagt, daß es sich um deutsche Verordnungen handelt, die durch polnische ergänzt wurden. Stimmt! Weiter behauptet er, daß sie nur in Oberschlesien gelten und im Gegensatz zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung stehen. Stimmt auch. Wo steht es aber geschrieben, daß sie nun deshalb aufgehoben werden müssen. Es gibt doch noch eine ganze Menge anderer Gesetze, die wohl in Oberschlesien, aber nicht im übrigen Polen gelten. Und kein Mensch denkt daran, sie deswegen aufzuheben. Wir können uns entsinnen, daß gerade die **Wirtschaftliche Vereinigung** unter der Führung von Dr. **Lampel** sich beispielsweise fürchterlich wehrt gegen die Einführung des **Spiritus- und Branntwein-Monopols** und unter allen Umständen den früheren Gesetzesstand verteidigt und behalten möchte. Nach ihrer These, die sie in dem „Polonia“-Artikel verfechten, begehen Sie ja eine Inkonsequenz Herr Doktor! Wir hatten z. B. noch vor einem halben Jahre in Kongreßpolen kein Angestellten-Versicherungsgesetz. Nach Ihrem Grundsatz hätten die hier und in Kleinpolen geltenden Gesetze aufgehoben werden müssen, anstatt wie eine klugdenkende Regierung es tat, dort eines einzuführen, wo ein solches nicht existierte.

Es wird dem Autor des zur Besprechung stehenden Artikels doch sicherlich nicht unbekannt sein, daß wir in Oberschlesien ein **Genfer Abkommen haben, welches ausdrücklich besagt, daß speziell arbeitsrechtliche Gesetze nur aufgehoben werden können, wenn ähnliche Gesetze für ganz Polen eingeführt und dadurch die bestehenden Gesetze nicht verschlechtert werden.** Was die Tendenz der Unifikation, der Vereinheitlichung der Gesetzgebung betrifft, wird man wohl nach dem Rezept, daß Dr. Lampel vorschlägt, nicht verfahren. **Solche Dummheiten wird man hoffenlich nicht machen.** Genau das Gegenteil von dem wird man tun, als der Artikelschreiber der „Polonia“ glaubt. Wenn man auch nicht die beiden Demobilmachungsverordnungen vom 12. 2. 1920 und 8. 12. 1920 auf das übrige Gebiet Polens ausdehnen wird, so wird aber doch die Arbeitnehmerschaft versuchen zu erreichen, daß Gesetze geschaffen werden, die es den Arbeitgebern verbieten oder wenigstens erschweren, Betriebe zu schließen, wann es ihnen beliebt und Arbeiter und Angestellte auf die Straße zu werfen, wann sie lustig sind. Zumindestens wird man Stellen schaffen, die die Pflicht haben zu untersuchen, ob die Notwendigkeit vorliegt Arbeiter und Angestellte brotlos zu machen, oder durch Schließung von Betrieben einen Terror gegen die Arbeiterschaft auszuüben.

Wir glauben ganz gern, daß das dem Kapital nicht paßt, daß es nicht mehr allein Herr im Hause sein kann. Diese beiden Verordnungen sind aber zum **Schutze der Arbeitnehmer** und **schließlich und endlich zum Besten des Staates geschaffen worden.** Die Anarchiegelüste großer und kleiner Mussolinis in den Betrieben sollen damit einen kleinen Dämpfer erfahren. Wir können den kleinen Mussolini von der Wirtschaftlichen Vereinigung beruhigen, die Tendenz der Vereinheitlichung auch der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung geht aller Voraussicht nach den Weg, den wir und mit uns die gesamte Arbeitnehmerschaft Polens wünscht und seine kategorischen Forderungen werden nur fromme Wünsche bleiben. Auch die augenblickliche Regierung wird auf arbeitsrechtlichem Gebiet das gute in den übrigen Gebieten einführen. Neuester Beweis: Die Einführung der Arbeitsgerichte, da wo sie noch nicht existieren

„Das, was oben bezüglich der beiden Demobilmachungsverordnungen gesagt ist, gilt umsomehr für die **Tarifvertrags- und Schlichtungsverordnung vom 23. 12. 1918.** Wer etwa glaubt, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft sich dieses Gesetz nehmen läßt, der ist aber verdammt schief gewickelt. Die Arbeitnehmer wissen ganz genau, daß mit dem Verschwinden dieser Verordnung die **Rechtsgrundlage des Tarifvertrages erledigt wäre,** daß weiter die **Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten** ein Ende hätte usw. Gewiß, es gibt z. B. in Deutschland Leute die gleichfalls für die Abschaffung der Schlichtungsausschüsse, die da Lohnstreitigkeiten zu entscheiden haben plädieren. Das sind die Kommunisten, die durch die Revolutionierung der Arbeitermassen eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wollen. Zu diesem Kommunismus haben wir uns noch nicht durchringen können. Wir wollen nicht behaupten, daß Herr Dr. Lampel bereits so weit ist. Wenn er aber den Kommunismus so lebhaft herbeiwünscht, dann soll er mal mit der Kapitalistenclique ruhig alle die mühsam errungenen Vorteile der Arbeiterschaft abschaffen. Er wird dann schon sein blaues Wunder erleben. Wir können ihn aber trösten, es gibt dann wieder genügend Mauselöcher allwo man sich gemütlich verkriechen kann.

Der dritte Satz — mehr bringt er bei aller Weisheit nicht auf — zur Begründung für Abschaffung aller dieser Verordnungen lautet dahin, daß diese Gesetze **unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht angepaßt sind und ungünstig auf eine rationelle Wirtschaftsführung** und insbesondere auf die Produktionskosten einwirken. Ja wieso denn? Warum tut er gerade ein so wichtiges Thema mit einem so lapidaren Satz ab? Weil einfach eine stichhaltige Begründung nicht da ist. Der Hase im Pfeffer liegt ja ganz wo anders. Wir wollen ihm ein bißchen auf die Beine helfen. Man kalkuliert so! Existiert die Tarifvertragsverordnung nicht, dann ade Tarifvertrag, ade Tariflöhne und Gehälter. Kein Mensch kann einen dann zwingen dem Arbeiter und Angestellten einen anständigen Lohn bezw. ein vernünftiges Gehalt zu zahlen. Dann kann man wieder so nach Herzenslust machen, was man will. Solange aber diese Verordnung besteht, gibts doch immer einen Schlichtungsausschuß der einem so ins Handwerk pfuscht. **Sogar wenn man seine Tarifgemeinschaft auflöst, wie das die große und kleine Kaufmannschaft Oberschlesiens kürzlich nicht zum ersten Mal getan hat.**

Daß selbst die Regierung nicht ohne weiteres eine solche sozialpolitische Errungenschaft aufhebt wie sie die Tarifvertragsverordnung vom 23. 12. 1918 ist ohne einen Ersatz zu schaffen, geht daraus hervor, daß bereits ein **Gesetzentwurf über ein Tarifvertragsgesetz** erschienen ist, das für **ganz Polen Geltung** haben soll. Sie haben wirklich kein Glück Herr Dr. L. Lampel!!!

Eine Bitte hätten wir noch an Sie! Wenn es Sie wieder gelüstet Forderungen aufzustellen, wie Sie dies am Schlusse Ihres Artikels getan haben, mit welchem Sie verlangen, daß diese oder jene Gesetze in Oberschlesien eingeführt werden sollen, lassen Sie bitte die **Finger weg von arbeitsrechtlichen Gesetzen,** das schlägt doch nicht in Ihr Fach. Oder verlangen Sie dann wenigstens auch, was den Arbeitern und Angestellten genehm ist — nämlich die **Einführung des polnischen Arbeitszeitgesetzes und des polnischen Urlaubsgesetzes. Diese beiden Früchte sozialpolitischer Klugheit scheinen Ihnen wohl auch nicht zu schmecken?**

Na, hoffentlich haben die Abgeordneten des Schlesischen Sejm, denen Sie Ihre Artikel gewidmet haben, diesen nicht gelesen. Es wäre wirklich sehr schade.

Die „Polonia“ beschlagnahmt

Die gestrige Nummer des in Kattowitz erscheinenden Organs Korfantys, die „Polonia“ ist heute wegen des Leitartikels, der sich mit Marschall Pilsudski befaßt, beschlagnahmt worden. Die „Polonia“ teilt damit das Schicksal aller Blätter, die es gewagt haben, zu den letzten höchst bedenklichen Aeußerungen des Marschalls über das polnische Parlament oder zu dem gegenwärtigen Regierungssystem überhaupt kritisch Stellung zu nehmen.

Schlichtungsausschuß für Bergbau

Wie bereits von der Arbeitsgemeinschaft mitgeteilt, soll der Schlichtungsausschuß sobald wie möglich zusammentreten. Der Demobilmachungskommissar hat auch darauf den Vorsitzenden Herrn Ing. Kmita vom Urlaub abberufen. Der Schlichtungsausschuß wird am 27., spätestens am 31. Juli in der Lohnfrage des Bergbaues zusammentreten. Bis dahin wollen wir unsere Reserve beibehalten.

Kattowitz und Umgebung

Segen der Berufung. Der Arbeiter Paul L., welcher sich seit ca. 5 Monaten im Myslowitzer Gefängnis in Untersuchungshaft befand, hatte sich im Berufungsverfahren vor dem Landgericht in Kattowitz zu verantworten. Der Angeklagte wurde durch Urteil 1. Instanz, wegen verschiedener Vergehen, so u. a. wegen versuchten Diebstahls, Widerstand gegen Polizeigewalt, Ruhestörung und Sachbeschädigung infolge seiner Vorstrafen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Seinem Antrag auf nochmalige gerichtliche Entscheidung wurde stattgegeben. Der Rechtsbeistand des Angeklagten führte in seiner Verteidigungsrede verschiedene Gründe an, welche das Gericht dazu bewogen, mildernde Umstände in Anwendung zu bringen. Das Urteil 1. Instanz wurde aufgehoben und der Angeklagte nunmehr zu einer Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft, verurteilt.

Fortschreitende Bauarbeiten. Die Arbeiten an dem neuen Geschäftsgebäude auf der ul. Mlynska, welches auf dem Eisenbahngelände nahe der Unterführung errichtet wird, schreiten rüstig vorwärts. Obgleich nach Beendigung der Erdarbeiten mit den eigentlichen Bauarbeiten erst vor einer kurzen Zeit begonnen worden ist, wird z. Zt. an dem

Börsenkurse vom 25. 7. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91 zł
		frei =	8.92 zł
Berlin	100 zł	=	46.90 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.219 zł
	1 Dollar	=	8.91 zł
	100 zł	=	46.90 Rmk.

Die Spitalkrise in Polen

Erfolgt in Kattowitz, also der Wojewodschaftshauptstadt von Schlesien, ein Unglücksfall auf der Straße, so wird zwar dem Verunglückten die ärztliche Hilfe zuteil, weil wir in Kattowitz genügend Aerzte haben, aber es ist wirklich eine Kunst, den Verunglückten in irgend einem Krankenhause unterbringen zu können. Die Spitäler sind alle überfüllt, und zwar derart überfüllt, daß selbst Schwerkranke zurückgewiesen werden müssen. In Königshütte, Myslowitz und Schwientochlowitz liegen die Dinge genau so wie in Kattowitz, weil auch dort die Spitäler überfüllt sind. Die Bevölkerungszahl steigt, aber neue Krankenhäuser werden nicht gebaut. Der Krieg hat uns noch eine große Anzahl gebrechlicher Menschen zurückgelassen, die einer besonderen Pflege bedürfen und irgendwo untergebracht werden sollten. Auch ist der menschliche Körper eines Nachkriegsmenschen nicht mehr so widerstandsfähig wie früher, und das trägt viel zur Ueberfüllung der Krankenhäuser bei.

Neben den üblichen Krankheiten, die eine Behandlung im Krankenhause erforderlich machen, fehlen bei uns besondere Anstalten für sonstige menschliche Gebrechen. Hunderte von erblindeten Personen kann man täglich in den Straßen der großen schlesischen Gemeinden beobachten, wie sie mit dem Stock an den Wänden oder den Rinnsteinen herumtasten und herumfühlen. Immer und immer wieder wird in der Presse das Publikum ersucht, den Blinden auf der Straße zu helfen, insbesondere bei der Ueberquerung der Straße ihnen behilflich zu sein. Man überläßt diese unglücklichen Menschen sich selbst. Dasselbe bezieht sich auch auf die Taubstummen, für die auch nicht gesorgt wird. Jetzt denkt die Wojewodschaft daran, eine besondere Schule für die Taubstummen und Erblindeten zu bauen.

Man läßt sogar Personen mit gefährlichen Krankheiten auf der Straße herumlaufen. Dieser Tage wurde ein unglücklicher Junge mit einem durch Lupus zerstörten Gesichte in den Straßen von Kattowitz beobachtet, als er von Laden zu Laden bettelnd herumging. Die Krankheit war weit vorgeschritten und erfaßte bereits das ganze Gesicht. Lupus ist eine ansteckende Krankheit und man sollte im Interesse nicht nur des Kranken, sondern noch mehr der gesunden Menschen einen solchen Unglücklichen in einer besonderen Anstalt für Lupuskranke unterbringen.

Neben den erwähnten, laufen auf den Straßen geisteskranke Personen herum, die, so lange sie noch nicht toben, einer Irrenanstalt nicht zugeführt, sondern der häuslichen Pflege überlassen werden. Die häusliche Pflege ist gewöhnlich keine Pflege und kommt es zu einem Tobsuchtsanfall, dann sind gewöhnlich Menschenleben zu beklagen. Dann muß der arme Kranke irgendwo untergebracht werden, nachdem er vorher sich selbst oder seine Mitmenschen geschädigt hat. Wir haben eben viel zu wenig Irrenanstalten, um die armen Unglücklichen, wohl die unglücklichsten Menschen unterbringen zu können.

Wir sprechen von den Spitälern und diversen Anstalten in Schlesien, und doch ist es noch bei uns in der Wojewodschaft tausendmal besser als in dem übrigen Polen. In Polen herrscht ein Spitalelend, von dem wir uns kein Bild machen können. Nach der statistischen Aufstellung leben in Polen 100 000 geisteskranke Personen und von diesen konnten in den stark überfüllten Irrenanstalten höchstens 11 000 Personen untergebracht werden. Man bedenke, daß 89 000 Geisteskranke ohne jede Pflege und Aufsicht frei herumlaufen, bis sie sich selbst das Leben nehmen oder andere umbringen, die in ihrer Nähe leben. Setzt man noch hinzu, daß die meisten von diesen armen Kranken in Not und Elend leben, so kann man sich ein Urteil über die Spitalverhältnisse in Polen machen. In Warschau wurde jetzt ein Verein gegründet, der den Namen „Verein zur Pflege der Geisteskranken" trägt, der sich als eine Art Selbstschutz der Allgemeinheit gegen Schäden, die von geisteskranken Personen angerichtet werden, betrachtet. Der Verein hat schon bereits zwei Zweigniederlassungen, und zwar in Wilna und Krakau, errichten können und hofft auch noch, in anderen Städten solche Filialen zu eröffnen.

Dem Spitalelend kann nur durch den Bau neuer Spitäler abgeholfen werden. Gewiß kosten Spitäler Geld, wahrscheinlich recht viel, wenn sie modern ausgestaltet werden sollen. Haben wir aber Geld für neue Kriegsschiffe, so muß sich auch Geld für Krankenhäuser. für Lupus- und Geisteskranke finden. Große Armeen halten ist zwar ganz gut, aber die Unterbringung der allerunglücklichsten Personen ist die ernste Pflicht einer jeden Nation, wenn sie als Kulturnation gelten will. Leider interessiert man sich in Polen für das Spitalwesen sehr wenig. Die Aerzte, die wohl hier berufen wären, als die ersten das Wort zu ergreifen, sie schweigen. Die polnische Intelligenz schweigt ebenfalls und die Bemittelten haben kein Interesse daran, daß neue Spitäler gebaut werden, weil sie ihre Kranken in Sanatorien und Spezialanstalten jederzeit unterbringen können. Nur das arme Volk, die Arbeiter, müssen darunter leiden, denn die Spitalkrise trifft sie am schwersten. Die sozialistisch aufgeklärte Arbeiterschaft muß im Interesse der großen Masse des Volkes den Bau von neuen Spitälern verlangen.

---

neuen Gebäude bereits in Stockwerkhöhe gearbeitet. — Inzwischen ist auch das Geschäftshaus an der Ecke ul. Pocztowa—sw. Jana soweit fertiggestellt worden, daß gegenwärtig nur noch an die Innenarbeiten herangegangen wird, welche in absehbarer Zeit beendet werden sollen. Die Bretterwand um das Baugrundstück wird entfernt, um die Ausbesserung des Bürgersteiges, welcher daraufhin für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden soll, vornehmen zu können.

Belegschaftsversammlung der Gieschegruben. Am Sonntag fand eine Belegschaftsversammlung der Gieschegruben statt, welche das erstemal ausnahmsweise im Saale von Herrn Sauer in Janow stattfand. Es wurde Stellung zu den gescheiterten Lohnverhandlungen und dem eintägigen Proteststreik genommen, wozu als Referent Genosse Czerny vom Poln. Zentralverband in einer längeren Aussprache obigen zwei Fragen die Beschlüsse des Zentralverbandes den Versammelten klarlegte. Der Vorsitzende des Betriebsrates und Leiter der Versammlung, welcher an den Lohnverhandlungen am Freitag teilnahm, gab dazu einen kurzen Bericht. Von seiten des Bergarbeiterverbandes gab der Vertrauensmann der hiesigen Zahlstelle, Kamerad Ziaja, welcher von der Betriebsrätekonferenz des Bergarbeiterverbandes erschienen war, den Versammelten klar und sachlich den Standpunkt und Beschlüsse der Konferenz und bedauerte, daß kein einheitliches Handeln über die überaus wichtigen Fragen zustande kam, weil der Poln. Zentralverband als Bruderorganisation, den Bergarbeiterverband vollständig ausschaltete, obwohl wir offen und ehrlich als alte Klassenkämpfer des Bergarbeiterverbandes mit allen Organisationen für die gerechten Forderungen der Bergarbeiter den Kampf mit allen uns gebotenen Abwehrmitteln aufnehmen wollen, was auch von allen Versammelten anerkannt wurde. Eine weitere Diskussion setzte ein, worauf im Schlußwort Ref. Czerny zu den Angriffen der P. P. S.-Lewica Stellung nahm. Für einen Proteststreik war keine Stimmung vorhanden, so daß darüber gar nicht abgestimmt und die Versammlung geschlossen wurde.

Gerissene Spitzbuben. Arg mitgespielt haben zwei angebliche Käufer, welche sich als Rumänen ausgaben, einem Kattowitzer Handwerksmeister auf der ul. Mielenckiego, in dessen Werkstatt beide vorstellig wurden. Die Kerle feilschten und handelten was das Zeug hielt und versuchten die Aufmerksamkeit des Handwerkweisters, welcher ihnen sofort mit Mißtrauen begegnete, abzulenken. Nach ihrem Fortgang merkte derselbe, daß ihm einer der Spitzbuben aus der Rocktasche die Brieftasche mit einem ansehnlichen Geldbetrag entwendet hatte. Beim Entleeeren eines Postbriefkastens wurde die Brieftasche einen Tag später vorgefunden. Die Täter entledigten sich der Brieftasche, welche bis auf die gestohlene Geldsumme alle Dokumente enthielt, auf diese einfache Weise, um jeder Verfolgung zu entgehen.

Janow. (Freidenkerbewegung.) Nachdem vor drei Monaten sich die Genossen beider sozialistischen Lager auf einer Versammlung in Janow für eine selbständige Ortsgruppe der Freidenker entschieden haben, macht die freigeistige Bewegung im Janower Bezirk gute Fortschritte. Sonntags fand hier abermals eine Mitgliederversammlung statt, welche, obwohl um dieselbe Zeit eine Belegschaftsversammlung stattfand, dennoch gut besucht war. Es erfolgte Bericht von der letzten Konferenz in Krol. Huta nebst weiterer Tätigkeit über den Ausbau dieser Bewegung. Zum Schluß erfolgten weitere Neuaufnahmen.

Königshütte und Umgebung

Bringen die geplanten Eingemeindungen von Neu-Heiduck und Chorzow der Stadt Königshütte Vorteile?

Wie bereits berichtet wurde, hat sich die Stadt Königshütte infolge ihrer geringen Ausdehnungsmöglichkeit mit einer Denkschrift an die Wojewodschaft gewandt, um die Gemeinden Neu-Heiduck und Chorzow zu Königshütte einzugemeinden. Die Begründung der Notwendigkeit liegt darin, daß hauptsächlich die Gemeinde Chorzow über große Bauflächen verfügt, während die Bauplätze in Königshütte immer mehr zusammenschrumpfen und in einigen Jahren alle bebaut sein werden. Die Gemeinde Neu-Heiduck hat in einer der letzten Gemeindevertretersitzungen sich mit der Eingemeindungsfrage beschäftigt. Nach langer geführter Debatte über die Vor- und Nachteile einer Eingemeindung zu Königshütte, beschloß schließlich die Mehrheit der Eingemeindung keine Schwierigkeiten zu setzen. Eine dazu gewählte Kommission soll demnächst mit dem Magistrat Königshütte in Verhandlungen treten. Soweit die Gemeinde Neu-Heiduck.

Anders jedoch steht man einer etwaigen Eingemeindung zu Königshütte in Chorzow skeptisch gegenüber, und will sich mit allen Mitteln dagegen wehren. In einer vor einigen Tagen in Chorzow stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde die Eingemeindung zu Königshütte abgelehnt und man im äußersten Falle eine Abstimmung darüber in der Gemeinde verlangt. Im ähnlichen Sinne sprach sich die Gemeindevertretung gegen die Eingemeindung aus und brachte dieses in einer Entschließung zum Ausdruck. Wenn es der Stadt Königshütte um die Ländereien der Starboferme ankommt, dann hat die Gemeinde nichts dagegen, wenn ihr dieselben zugesprochen werden sollten, aber das eigentlich uralte Chorzow muß Chorzow bleiben. Das war die letzte Zusicherung des Gemeindevorstehers. Wie die Wojewodschaft bezw. Warschau darüber entscheiden werden, ist noch ungewiß, doch wird, bis das letzte Wort darüber gesprochen wird, noch sehr viel Wasser die Rawa entlang fließen müssen.

Wenn die Frage aufgeworfen wurde, ob der Stadt Königshütte durch die Eingemeindung der beiden Gemeinden Vorteile erwachsen, so kann man darüber sehr geteilter Meinung sein. Durch die Angliederung der Gemeinde Neu-Heiduck wurde der Stadt Königshütte nichts gedient sein, weil Neu-Heiduck fast gar kein Baugelände besitzt. Ebenso schlecht gestellt ist Neu-Heiduck in steuerlicher Hinsicht, weil es keine Industrieunternehmungen besitzt, außer der Glashütte und des Piastschachtes der Skarboferme. Letzteres Unternehmen soll wegen Unrentabilität am 1. Oktober d. Js. eingestellt werden, wobei über 500 Menschen, soweit sie nicht anderweitig untergebracht würden, arbeitslos werden. Dieses würde bei einer eventl. Eingemeindung für die Stadt Königshütte eine schwere Belastung bedeuten und die Arbeitslosenzahl erhöhen. Verbleibt die Gemeinde Neu-Heiduck selbständig, dann hat sie die Lasten selbst zu tragen, darum ist auch der schnelle Entschluß der Gemeindevertretung in Neu-Heiduck verständlich. Darum muß es sich der Magistrat Königshütte reiflich überlegen, ob er nur wegen der etwa 6000 vorhandenen Einwohner sich eine derartige Belastung leisten kann. Denn mit dem Prangen einer großen Einwohnerzahl nach außen hin, ist der Königshütter Bevölkerung nichts gedient. Darum müssen bei den künftigen Verhandlungen alle Eventualitäten, die Vor- und Nachteile ernstlich erwogen werden, bevor es zu spät wird. Günstiger jedoch liegt die ersehnte Eingemeindung von Chorzow für die Stadt. Zunächst einmal in dem Vorhandensein einiger großen Bauflächen, deren Königshütte zu seiner weiteren Entwicklung dringend bedarf. Und die großen Industrieunternehmungen, wie die Stickstoffwerke, die O. E. W. und die Gräfin Lauragrube sind in steuerlicher Hinsicht nicht zu verachten. Es soll jedoch nicht den Anschein erwecken, als wenn das letztere Moment den Ausschlag zu der Eingemeindung gäbe. Wenn in der Gemeindevertretersitzung gesagt wurde, man wünsche nicht eine zweite „Kolonie" wie Klimsawiese zu werden, so sind das keine stichhaltigen Vergleiche, ebensowenig, daß die Stadt Königshütte nur den Ausbau des Zentrums der Stadt fördert. Hier muß der Wahrheit die Ehre gelassen werden, daß in den letzten Jahren, gerade außerhalb des Zentrums, was Kanalisation, Straßenbau usw. sehr viel geleistet wurde, und man dieses auch von der dortigen Bürgerschaft anerkannt hat. Somit sind die gefürchteten Einwände unbegründet, und die Gemeinde Chorzow kann versichert sein, daß sie bei einer eventl. Eingemeindung keine stiefmütterliche Behandlung erleiden würde. Die Parole muß lauten: Chorzow zu Königshütte, Neu-Heiduck zu Bismarckhütte. Nowe Hajduki würde einem Wielkie Hajduki erst die richtige Geltung verschaffen und die Benennung rechtfertigen.

Uebt Gesundheitspflege. Vom Verein für naturgemäße Körperpflege in Königshütte ist auch in diesem Jahre wieder das Licht-, Luft und Sonnenbad an den Schrebergärten an der ulica Hajducka eröffnet worden. Außer den Mitgliedern hat jeder Bürger der Stadt Königshütte Zutritt. Infolgedessen ist das Bad geöffnet: für Frauen und Mädchen am Montag, Mitwoch und Freitag, für Männer und Knaben an Dienstagen, Donnerstagen und Sonnabenden. Der Betrieb wird auch dann offen gehalten, wenn ein Feiertag in die Woche fallen sollte.

Myslowitz

Vor der Eröffnung der Viehzentrale.

Am 1. August sollte die neue Viehzentrale (die Centralna Targowica) in Myslowitz eröffnet werden. Die Arbeiten sind aber noch nicht soweit gediehen und man mußte den Eröffnungstermin verschieben. Später tauchte eine Meldung auf, daß die neue Viehzentrale am 16. August eröffnet wird. Aber auch dieser Termin dürfte nicht der richtige sein, weil man schon bereits von dem 22. August als dem Eröffnungstage der Viehzentrale spricht. Wir meinen, daß die Eröffnung der neuen Centralna Targowica belanglos ist, denn nicht darauf kommt es an, ob die Eröffnung am 1., 16. oder 22. August erfolgt. Wir wissen bereits, daß sie noch nicht fertig ist und daß sie erst im Spätherbste fertig sein dürfte. Daß sie in diesem Jahre fertig wird, ist sicher, weil das Geld für diese Zwecke bereits gesichert ist. Schließlich haben wir bei der Eilgutabfertigung die alte Targowica, die für unsere Verhältnisse genügt und brauchen uns mit der Eröffnung gar nicht so sehr zu beeilen.

Zweifellos ist es besser eine neue moderne Targowica zu besitzen als eine alte, aber nicht mit diesem Gedanken schritt man an den Bau des neuen großen Objektes. Wir gestehen, daß wir alle in Oberschlesien das junge Polen als das große Agrarland gedacht haben, in dem das Brot, das Fett und das Fleisch halb umsonst zu haben sein wird. Den Mangel an Organisationstüchtigkeit wollten wir durch unsere Erfahrungen, die wir in Deutschland gesammelt haben, ersetzen. Wir dachten an die Organisation des Handels in Polen und diesen Gedanken und Absichten ist das große Werk in Myslowitz zuzuschreiben. Man nahm Muster von Breslau und Dresden und entwarf großartige Pläne. Die neue Centralna Targowica in Myslowitz sollte aber noch großartiger ausschauen als die Breslauer Viehzentrale, weil sie den ganzen Viehexport aus Polen umfassen sollte. Als die Pläne entworfen und an die Legung der Fundamente geschritten wurde, da stand noch der Handel mit Deutschland in voller Blühte. Niemand dachte daran, daß mit Deutschland ein Zollkrieg geführt wird, ja man war davon heiligst überzeugt gewesen, daß die beiden Länder, Polen und Deutschland, wirtschaftlich miteinander derart verbunden sind, daß eine Trennung gar nicht denkbar ist. Nun sind Polen und Deutschland zwei verschiedene Nationalstaaten, die beide bei sich polnische bezw. deutsche nationale Minderheiten und selbstverständlich nationale Hetzer haben. Diese Brunnenvergifter hetzen hüben und drüben, das Volk aufeinander und eine gegenseitige Verständigung rückt immer mehr in weite Ferne.

Diese Tatsache haben die Initiatoren der großen Viehzentrale in Myslowitz übersehen. Sie haben eine eventuelle Grenzsperre für das polnische Vieh nach Deutschland nicht für möglich gehalten. Das ist aber eingetreten, weshalb die neue Centralna Targowica in absehbarer Zeit als polnische Exportzentrale für Schweine und Vieh gar nicht in Frage kommt.

Deutsch-Oberschlesien

Zwei politische Prozesse vor dem Beuthener erweiterten Schöffengericht.

Beuthen. Vor dem erweiterten Schöffengericht kamen heute die Nachklänge einer Wahlversammlung in Mikultschütz zur Verhandlung. Angeklagt ist der erst 23 Jahre alte Kommunist Foit und seine Freunde, die Arbeiter Kytzia und Tkotz. Die Angeklagten hatten eine Zentrumswahlversammlung in der letzten Wahlperiode, in der Prälat Ulitzka ein Referat hielt, durch Zwischenrufe zu stören versucht, wurden aber durch Versammlungsteilnehmer stets zur Ordnung gerufen. Sie beschlossen, diese Bemängler ihrer Zwischenrufe auf dem Nachhausewege zu verprügeln. Mit Messern und Stöcken hieben und stachen sie auf mehrere Versammlungsteilnehmer und verletzten mehrere Personen schwer. Die Anklagebehörde und das Gericht stellten sich auf den Standpunkt, daß derartige blutige Zwischenfälle unbedingt streng bestraft werden müßten. Der Angeklagte Foit wurde zu sechs Monaten Gefängnis, Tkotz zu einem Monat und Kytzia zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Foit wurde sofort verhaftet, da er schon einmal eine sechsmonatige Gefängnisstrafe gegen Bewährungsfrist erhalten hatte und diese nun verbüßen muß.

Anschließend verhandelte das Gericht gegen den polnischen Redakteur Barkowiak wegen Beleidigung durch die Presse. Er hatte in dem in Beuthen erscheinenden und von ihm redigierten Blatte „Katolik" beleidigende Berichte gegen die Neugründung des Kriegervereins Mistitz Kr. Cosel und dessen Vorsitzenden gebracht. Wegen der Unbescholtenheit des Angeklagten erkannte das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis im „Katolik".



„Oh, was glauben Sie! Ich habe schon ganz berühmten Künstlern Modell gestanden."
„Als was denn, gnädiges Fräulein?"
„Nun — zum Beispiel „Kleopatra und die Schlange."
„So! Und wer stellte die Kleopatra dar?"

Für unsere Frauen

Krieg dem Kriege!

Zum vierzehnten Male jährt sich der Tag, der den furchtbaren Völkermord des Weltkrieges gebar. Mit Schrecken denken wir an diese Zeit zurück, und wie ein böser Traum erscheint es uns, daß alle die Greuel und Geschehnisse im 20. Jahrhundert des Fortschritts und der Aufwärtsentwicklung möglich gewesen sind. Aber fast scheint es, als ob die Menschheit schon vergessen hat: denn nur zu oft hört man, daß die Zeit eines neuen Krieges nicht mehr fern ist, und daß dieser Krieg, da Technik und erfinderischer Geist, auf dem Gebiete des Mordens" wieder weiter fortgeschritten sind, naturgemäß viel fürchterlicher und „wirkungsvoller" sein wird. Man denke nur an die Versuche mit Phosgengas, dessen Erfolg verheerend ist, und es wird uns klar, daß mit einem Handstreich Städte und Menschen der völligen Vernichtung preisgegeben sind. Welch furchtbarer Fortschritt! Welch trostlose Aussichten für die Friedensfreunde angesichts solcher Erfindungen!

Von den Kriegsgegnern, besonders aber von den sozialistischen Parteien aller Länder der Welt, wird immer und immer wieder die gesamte Menschheit auf die Furchtbarkeit eines Krieges aufmerksam gemacht, immer wieder wird durch die verschiedensten Aufrufe und Kundgebungen der Wille zum Frieden und zur Völkerversöhnung zum Ausdruck gebracht, allein dies genügt nicht; denn die Menschen sind in diesem Bestreben durchaus nicht leicht zu beeinflussen. Ein gewissenloses Aufpeitschen von seiten der Kriegshetzer genügt, um die Wogen der Leidenschaft hochzutreiben. Daher muß die Antikriegspropaganda auf andere Art und Weise betrieben werden. Die geeigneten Verfechterinnen des Friedensgedankens sind die Frauen, und da ist es vor allem wieder die Sozialistische Internationale, die sich schon seit Jahren eingehend mit dieser Idee befaßt und alljährlich zur Wiederkehr des Kriegsbeginns Kundgebungen veranstalten läßt, um den Willen der Frauen geschlossen zum Ausdruck zu bringen. Auch während des Krieges, im Jahre 1915, waren die sozialistischen Frauen diejenigen, die in einer Konferenz in Bern trotz aller Anfeindungen gegen die Kriegslust Stellung nahmen, was zur Folge hatte, daß verschiedene Genossinnen unter der Hetze stark zu leiden hatten. In jedem Jahre treten die Sozialistinnen aller Länder mutig gegen den Gedanken des Völkermordes auf, und auch in diesem Jahre werden wieder überall derartige Zusammenkünfte stattfinden.

Auch in Polen haben wir Frauen allen Grund, die aufkeimenden Momente eines eventuellen Krieges mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wir sind seit dem Ende des Weltkrieges noch nicht zur Ruhe gekommen, denn die inneren Stürme, die unser Land zu durchleben hatte, sind an keinem Menschen spurlos vorbeigegangen. Wir hegen den tiefinnersten Wunsch, daß nicht auf einen neuen Krieg, auf neue unnütze Opfer, hinausgearbeitet wird, sondern daß endlich der langersehnte Frieden in wahrster Gestalt bei uns einkehren möchte und der so schwer ringenden Arbeiterklasse ein ruhigeres und sorgenfreieres Leben bescheret sein soll. Daran haben aber in erster Reihe die Frauen als Mütter und Erzieherinnen ein großes Interesse; dann ist es auch unsere Pflicht, die Kinder im Sinne des Friedens und der Völkerverständigung groß werden zu lassen. Wie schwer wird uns aber diese Aufgabe gemacht, wenn überall der Nationalismus seine Triumphe feiert, und wenn die Seelen der Kinder schon von gewissenlosen Eltern in der frühesten Jugend dadurch vergiftet werden, daß sie im Haß gegen die „Anderen" erzogen werden. Darum gilt auch unser schärfster Kampf den Auswüchsen einer solchen Erziehung, deren Erfolg nichts anderes sein kann als ein späterer Krieg. Wir rufen deshalb alle sozialistischen Mütter und Frauen auf, daß sie bei jeder Gelegenheit die Abscheulichkeit und Unmenschlichkeit eines neuen Krieges zum Ausdruck bringen und die Kinder im Sinne des Völkerfriedens und Völkerversöhnung erziehen mögen. Unsere Losung muß sein: Krieg dem Kriege! Vorwärts auf der Bahn zum wahren Weltfrieden, zum Segen der gesamten Arbeiterschaft!

A. K.

Bürgerliche Frauen und wir

Auf der Frauentagung in Pressa-Köln.

Von Alma Würth.

Vom 26. bis 28. Juni bevölkerten Tausende von Frauen die Stadt Köln. Die in den bürgerlichen Frauenvereinen zusammengefaßten Mitglieder trafen sich in Köln, um über Frauendinge zu sprechen. Die Ausstellung „Frau und Presse" nimmt innerhalb der Gesamtleistung der „Pressa" einen bescheidenen Raum ein, aber sie gab das Stichwort.

„Wesen und Wirkung weibl. Kulturschöpfung" nannte sich die Tagung, die eine Deutung und Beleuchtung der Abteilung „Frau und Presse" auf der Pressa darstellen sollte. Also eine Art Randbemerkung sollte das Zusammenfinden der Frauen in Köln sein, eine Randbemerkung zur Pressa, soweit sie die Frau anging.

Wenn man als Sozialistin der Tagung beiwohnte und sich hier zu berichten unterfängt, muß man fragen: Was geht uns die bürgerliche Frauentagung an? Direkt nichts — aber indirekt viel. Wenn auch die sozialistische Frau andere Sorgen hat als die Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung, und wenn wir auch viel mehr dem Ernst und den Schattenseiten des Lebens ausgeliefert sind als diese, so bedingt doch die Geschlechtseinheit, daß auch die sozialistische Frau Weg und Ringen der bürgerlichen Frau verfolgt. Es mag für diese Betrachtung etwa gelten, was die Führerin der weiblichen Angestelltenorganisation in ihrem Vortrag als Hinweis auf das Sowjet-Haus der Pressa erwähnte. „Man kann auch von denen lernen, deren Ziel man nicht teilt."

Die Tagung in Köln war in großem Rahmen abgesteckt. Es kamen die Schattierungen und die Unterschiede, die vor allem wir zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frau machen, nur ganz wenig heraus. Es wurden keine Einzelfragen behandelt, es wurde hervorgehoben, was allen Frauen gemeinsam ist. Die Tagung wurde so für die an ihr Beteiligten zu einem Bekenntnis des Gemeinschaftsgefühls aller Frauen.

Rein äußerlich war die große Beteiligung Gradmesser: 6000 Frauen wohnten der Eröffnung in der Messehalle bei. Eine Ballung von Frauenintelligenz, eine Zusammenführung vieler Frauen mit Namen. Ein lebendiger Beweis für die Wandlung des Frauentypus in den letzten zehn Jahren. Der „Blaustrumpf" ist ausgestorben. Nicht mehr Stehkragen und Schlips erbringen den Fähigkeitsnachweis der geistig-bewegten Frau. Sie will Frau bleiben im Aeußeren und Inneren — und dennoch der Welt etwas von ihrem Geiste zu geben haben. Die Alten und Aelteren freuten sich der Wandlungen und des Fortschritts.

Wir wollen nicht vergessen, daß unsere Weltanschauung, daß es der Sozialismus war, der für diese Gleichberechtigung und Gleichbewertung der Frau gekämpft und sie schließlich über den Ablauf einer Staatenordnung und den Zusammenbruch erreicht hat. Das wird immer vergessen in der bürgerlichen Frauenbewegung. Man nimmt die Erfolge hin. Aber nie hätte die Frau ihre heutige Stellung in der Oeffentlichkeit erreicht, wenn die Sozialdemokratie nicht die Sache der Frau zu ihrer Sache gemacht hätte. Dies ist auch der Punkt, wo die stets gesuchte und gewahrte „politische Neutralität" in den Frauenbestrebungen keinen Sinn hat. Man kann nicht für Ziele kämpfen, ohne kämpferisch sie zu betonen.

Gertrud Bäumer, die Inspiratorin der Tagung, sprach über die „weibliche Bestimmung im Wandel geschichtlicher Lebensformen". Es war ein großangelegtes Referat über den Dualismus der weiblichen Bestimmung als Gattungswesen und als Persönlichkeit. Ueber die primitive, nur an die Natur gebundene Weiblichkeit des Altertums, über die erste geistige Betätigung der Frau im Mittelalter, bis zu dem Typus der jede Geschlechtsgebundenheit verleugnenden Frau des ausgehenden 20. Jahrhunderts führte die Rednerin die Stufen der Entwicklung. Heute seien die Anfänge erkennbar für die nächste Stufe, für die Vergeistigung der Mutterschaft. Zwingende Logik ist Gertrud Bäumer zu eigen. Nur wenn sie die Begriffe „sittlich" und „christlich" in ihre klugen Gedanken mischt, erinnert sie uns, daß sie ja die Verantwortliche für das überflüssige Schutz- und Schmutzgesetz ist.

In dunkler Straße

Von Clara Müller-Jahnke.

In dunkler Straße das niedere Haus —
vorüberflutet der Welt Gebraus.

Voll Stroh die Lade, nicht Bett noch Schrein
und darüber des leuchtenden Sternes Schein!

Und drinnen das reichste Glück der Welt:
Die Mutter, welche ihr Kindlein hält.

Und aus den Augen des Kindes fällt
ein Heilandsblick in die dunkle Welt.

Das Wesen weiblicher Kultur wurde in vier Bildern enthüllt, die in Vorträgen über weibliche Persönlichkeiten vor die Zuhörer hingestellt wurden. Hauptsächlich traf Dr. Marianne Weber mit ihrem Bilde der Karoline von Humboldt und dann im freiester Deutung Paula Ollendorf das Porträt der Rahel Varnhagen. Es kam in diesen Charakterbildern die Stellungnahme zu Welt und Menschen der jeweiligen Vortragenden heraus. Eine aufschlußreiche Betrachtung, die Gegenwartswert besaß.

Die Stadt hatte am Abend einige hundert Frauen in den Gürzenich geladen, dessen altertümlicher Reiz durch verschwenderischen Blumenschmuck gehoben wurde. Es wurde an dem Abend viel von „deutschen" Frauen geredet, und die Anwesenden fühlten sich durch diese Apostrophierung in gehobenster Stimmung. Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der recht nett von und über Frauen sprach, ließ gleich das Vaterland hochleben und das Deutschlandlied singen. Der nicht vom Rhein-Nationalismus erfaßte ganz gewöhnliche deutsche Staatsbürger, der anderswo zur Welt gekommen ist, wundert sich über dieses nationale Pathos, das aber an dem Abend der „deutschen Frauen" allgemeiner Stimmungs-Standard war. Auch ausländische Vertreterinnen sprachen.

Ueber Frau und Wirtschaft wurden drei Vorträge gehalten. „Die Wirtschaft und ihre Form als persönliches und soziales Schicksal" behandelte Frau Dr. H. Meuther, Köln, tiefgehend, aber ohne die Schlußfolgerung, zu der wir bei einer Betrachtung der heutigen Wirtschaftsform kommen.

Näher heran schob sich das Referat von Katharina Müller, Führerin des Verbandes weiblicher Angestellter, die über die erwerbstätige Frau in der Wirtschaft sprach. In diesem Kreise der akademischen und sozial höhergestellten Frauen, die zum großen Teile von dem Leben der Arbeiterin und der Angestellten ein falsches, sehr oft durch Verachtung getrübtes Bild sich machen, wirkten die auf die Tatsachen hinweisenden, jede Schärfe vermeidenden Ausführungen der Rednerin wie eine Offenbarung. Man war voll des Lobes über dieses Referat, und voll des Verstehenwollens der „arbeitenden" Frauenschicht. Aber diese Seelenbereitschaft hat leicht das Odium des Herabneigens zu den „unteren". Die bürgerlichen Frauen müssen noch viel lernen, wenn sie ihre Proklamation der Persönlichkeit im Berufsleben durchführen wollen. Heute ist es für viele eine Modespielerei, mit dem Kampf ums Dasein zu kokettieren.

Obwohl die Referentin von unserem Gesinnungs-Standpunkt aus politisch rechts von uns steht, müssen wir es als Tat anerkennen, daß sie für den arbeitenden weiblichen Menschen, für die sogenannten niederen Berufsgruppen, Fabrikarbeiterin, Hausangestellten, Verkäuferin, Angestellten, in einem Kreis geworben hat, in dem man lieber über Geist als über Geld spricht. Daß sie so begeistert applaudiert wurde, ist mehr Erfolg der schönen Form, als des wirklichen Begreifens des Inhalts anzusehen.

Das Heim und die Wirtschaft von Gräfin Keyserling war ein Spaziergang auf bekannten Wegen, sagte uns nichts und den Anhängern nicht viel.

Das nahegelegene Thema „Frau und Presse" erfuhr Beleuchtung in drei Vorträgen. Ueber Kultur, Presse und Frau, sowie über den Wirkungskreis der Frau in der Presse äußerte sich Oberin D. von Tiling von einem hohen Gesichtspunkt aus. Das Referat sah in der positiven Arbeit der Presse Kultur, in der negativen Zivilisation; Aufgabe der Frau sei die Arbeit nach der ersten Richtung hin. Ein Referat über „Die Frau im amtlichen Nachrichtendienst" fiel aus dem Rahmen, da es die Interessen der Beamtinnen zu sehr heraushob. Ueber „Frau, Presse und öffentliche Meinung" hielt Frau Dr. Wingerath-Köln einen in der Form sehr angenehmen Vortrag, der von der Seite des Lesers her die Frage beleuchtete.

In dem Konzert schöner Gedanken und Reden fehlte nur eine: die Journalistin, die man doch wohl nicht unbescheiden als Hauptperson auf einer Presse-Frauentagung nennen dürfte. Es kamen alle Frauenkreise, die Vertretung und Förderung durch die Presse wünschen und erfahren, es kam auch das große Wort Kultur sehr häufig „zu Wort", aber die Frau, die gestaltend auf die Presse einwirkt, stand nicht auf dem Podium. Sie saß in den ersten Bankreihen — und hatte zu tun. Ein Protest der Berufs-Journalistinnen mit etwa 50 Unterschriften war das Ergebnis des Uebergangenwerdens und der mangelhaften Ausgestaltung der Abteilung „Frau und Presse" auf der Pressa. Die Verstimmung der Journalistinnen wurde am Ende der Tagung durch eine Aussprache und einen Beschluß zu stärkerer Berufszusammenfassung abreagiert.

Doktor und andere selbsterworbene Titel führende Frauen hatten in einer Fülle der Frauentagung ein geistiges Relief gegeben, wie es sich selten wiederholt. Gemeinschaft wollte man auf dieser bürgerlichen Frauentagung in Köln schaffen und empfinden. Aber schmerzhaft fühlte der, der nicht „bürgerlich" denkt, daß man hier nur Gemeinschaft auf einer gewissen sozialen Ebene sucht. Das Volk, die, die schaffen, der einfache und bedrückte Mensch, gehört hier nicht dazu. Wenn er so zwischen den Zeilen durchschaute, so sprach man von ihm im Tone der „inneren Mission". Das „Christliche" und das „Sittliche" nahm sich im Rahmen des „heiligen Köln" stilgemäß aus — aber das Volk, wir, wollen nicht von denen geführt und erzogen sein, die sich das von einer gesicherten materiellen Lebensgrundlage aus erlauben können und weil sie glauben, auf einer höheren Stufe zu stehen als der sozial tieferstehende Mensch.

Wir müssen solche Denkart zurückweisen. Mitmenschliche Arbeit für andere kann in diesen Kreisen nur leisten, wer dem anderen Wort in der Sozial-Abteilung der „Frau und Presse" folgt, das dem Sinne nach etwa lautet: Wir müssen den andern helfen, „nicht weil wir besser sind, sondern weil wir es besser haben."

Der rohe Arbeiter

Von Rosa Müller.

Es ist gerade Arbeitsschluß. Ich sitze in der Straßenbahn. Im Gang stehen zwei sehr elegante Dämchen, sie füllen mit ihrem Geruch den ganzen Wagen. An einer Haltestelle steigt eine Anzahl junger Burschen ein. Sie drängen sich durch den Mittelgang und haben wohl die eine von ihnen gestoßen oder gar getreten. Ich höre nur, wie sie leise zu der anderen sagt: „Die Arbeiter sind doch zu roh!"

Da fiel mir ein kleines Erlebnis ein: Ein rauher Herbstwind pfiff. Trotzdem stolziert ein kleines Fräulein von kaum zwei Jahren mit dem Puppenwagen vor meinem Hause auf und ab. Sie ist ganz Andacht und betrachtet mit liebevollen Blicken ihren arg abgenützten Teddy im Wagen. Gerade überlege ich, wie sorgfältig ein Herrschaftskind in dem Alter behütet wird, wie es das Zimmer noch nicht allein verlassen darf, und dieses kleine Fräulein hier ist ganz allein auf dem Fußweg. Nur ein Paar Straßenarbeiter sind in der Nähe, sie hacken den Rinnstein auf.

Auf einmal ruft das kleine Mädchen: „Mama, Mama!" und versucht zu rennen. Dabei hat sie sich wohl zu fest auf das Wägelchen gestützt. Der Wagen kippt nach vorn und die Kleine liegt auf der Straße. Teddy und Betten bedecken sie fast. Es ist aber gut abgelaufen. Das Gesicht liegt auf einem Bettchen. Brüllend erhebt es sich und versucht den Wagen aufzurichten.

Ein junger Straßenarbeiter in der Nähe wirft schnell die Hacke hin, springt zu dem kleinen Mädel, hebt ihm den Wagen auf, klopft die Betten und den Teddy ab, legt alles wieder schön zurecht, streicht dem Kinde mit seiner schweren Hand sanft übers Köpfchen und steht schon wieder an seiner Arbeit.

Ganz erstaunt, fragend guckt die Kleine nach dem Arbeiter. Die Tränen stehen zwar noch in den großen, braunen Augen, aber aller Schmerz ist vergessen.

Ich habe mich so recht innerlich gefreut.

Harte oder weiche Matratzen

Wir leben angeblich im Jahrhundert des Kindes, in dem Jahrhundert, in dem die Sorge um das Kind eine der vornehmsten Aufgaben der Jetztzeit ist. Bei alledem ist es merkwürdig, wie wenig die Menschen über die tatsächlich notwendige Hygiene des Kindes wissen.

Die Lagerstätte des Kindes wird so nebensächlich behandelt, als wenn sie für das Wachstum dieser kleinen Wesen und für ihre Gesundheit gar keine ausschlaggebende Rolle spielte. Dabei ist es sehr wesentlich, wie ein Kind und worauf ein Kind liegt, da durch die Lagerstatt nicht nur das körperliche, sondern auch das organische Wachstum maßgebend beeinflußt wird.

Mütter wollen ihre Kinder immer möglichst weich lagern, damit sie keine Härte verspüren, eine Absicht, die zwar verständlich, aber durchaus unvernünftig ist. Das Ungesündeste, was es für ein Kind geben kann, ist eine weiche Lagerstätte mit einem hohen Kopfkissen. Wenn ein Kind auf ein solches Lager gebettet wird, so liegt der Kopf hoch, der eigentliche Rumpf senkt sich nach unten infolge seines Schwergewichts, während die Beine wieder hoch liegen, so daß der ganze Körper einen Viertelkreis bildet. Die Folge einer solchen Lagerung ist eine Verkrümmung des Rückgrates, das bei dem Kinde ja noch sehr weich und wenig widerstandsfähig ist. Durch die Verkrümmung des Rückgrates wird der Brustkorb eingedrückt, die Lungen haben nicht die Fähigkeit, normal zu arbeiten und können sich nicht entwickeln. Die Bauchmuskulatur wird ebenfalls zusammengepreßt und die Folge ist, daß der ganze Organismus des Kindes in eine unnormale Haltung gezwungen und für Krankheiten leicht empfänglich wird.

Hingegen ist die harte Matratze, am besten eine Roßhaarmatratze und ein niedriges Kopfkissen ein wahrer Segen für das Kind. Es sollte darauf geachtet werden, daß der Körper des Kindes in einer möglichen Wagerechten liegt, damit auf diese Weise eine durchaus gerade Lagerung des Rückgrates erreicht wird. Die Folge eines solchen Liegens ist ein normal gelagerter Brustkorb, indem sich die Organe frei entwickeln können, unbehindert durch irgendwelchen Druck. Ein Kind, das in einer solchen Lage aufgezogen wird, verfügt selbstverständlich über einen Organismus, der natürlich wachsen kann und wächst und infolgedessen gegen Krankheitsanfälle viel widerstandsfähiger ist als ein durch die ungesunde, weiche Lagerung an sich schon geschwächter Organismus.

Die Lagerung des Kindes ist also ein sehr wichtiger Faktor in der Kinderhygiene, dem die Mütter die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

E. B.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Für unsere Kinder

Mein toter Kamerad

Scheint zur Nacht der Mond so blaß
in das Tal hinab,
liegt im taubenetzten Gras
ein Soldatengrab.

Sitzt darauf die Nachtigall,
singt ihr schönstes Lied,
daß es durch das blaue All
zu den Sternen zieht,

daß es in dem stillen Tal
hell und klar erklingt,
daß von all der bittren Qual
mir das Herz zerspringt.

Richard Henneberg.

Kriegsgeschichten

Von Anna Siemsen.

Vom Kriege hören wir wohl alle nicht gern. Es wäre am besten, wenn wir gar nicht mehr daran zu denken brauchten, daß es Zeiten gegeben hat, wo die Menschen sich zu Tausenden umbrachten. Aber leider gibts noch immer viele Leute, die meinen, Kriege müßten immer wieder kommen, und gar nicht so wenige, die sogar wünschen, sie hätten bald Gelegenheit, andere zu töten. Noch heute hörte ich beim Aufwachen unter meinem Fenster eine Schar junger Menschen Kriegslieder singen.

Alle Soldaten, die mit ihren bunten Uniformen herumlaufen und vielleicht stolz darauf sind, werden ausgebildet, andere Menschen zu töten. Das ist der traurigste und unmenschlichste Beruf, den man sich denken kann. Jeder von uns sollte sich schämen, daß man heute Soldaten noch für notwendig hält und viele, viele Millionen für sie ausgibt. Jeder von uns sollte daran arbeiten, daß man in allen Ländern keine Soldaten mehr braucht, daß alle Länder der Erde abrüsten und sich untereinander verständigen. Und solange das die meisten Menschen noch nicht einsehen wollen oder können, müssen wir immer wieder vom Kriege reden, damit wir nicht die große Gefahr vergessen, in der wir alle jederzeit sind, solange es Soldaten, Heere, Munitionsfabriken und Kriegsministerien gibt.

Ein paar Stunden von Paris liegt mitten in einem großen Walde eine kleine Stadt. Sie heißt Senlis, und sie ist berühmt in der französischen Geschichte, denn in ihr ist der Vorfahr der großen französischen Könige, Hugo Capet, von den Bischöfen zum König von Frankreich gewählt und gekrönt. Heute ist sie eine kleine, stille Stadt. Ihre Straßen gehen unter hohen Gartenmauern hin. In denen blühten die Rosen, als ich diesen Sommer dort war, und die Lindenbäume dufteten und schwirrten von Bienen. Die Sonne schien auf den Platz vor der großen, alten Königskirche.

Gerade so muß die kleine Stadt ausgesehen haben, als vor 12 Jahren die Deutschen dort einzogen. Das war in den Augusttagen, die so heiß und wunderschön waren. Es war nur ein deutscher Vortrupp, der nach Senlis kam, und er blieb nur zwei Tage dort. Dann mußte er zurück, weil der große Vorstoß der Franzosen die deutschen Armeen weit zurückwarf in die Stellungen, um die man dann vier Jahre lang gekämpft hat. Die Deutschen sind nur zwei Tage in Senlis geblieben. Aber sie haben zwei Erinnerungen dort gelassen. Die eine ist ein Trümmerhaufen zerschossener Häuser. Die liegen mitten in ein paar Gemüsegärten. Man hat sie noch nicht wieder aufgebaut, weil die Leute in Senlis sehr arm sind und weil im übrigen Frankreich zu viel zu tun hatte, all die großen Zerstörungen wieder gut zu machen, dort, wo ganze Städte und Wälder und Dörfer vom Erdboden verschwunden sind.

Die andere Erinnerung ist in der Kirche. Dort hängt eine Gedenktafel, wie sie heute in allen Kirchen in Deutschland, in Frankreich, in Belgien, England, Italien und Oesterreich hängen, mit den vielen Namen derer, die im Kriege gefallen sind. Aber diese Tafel hat noch zwei Unterabteilungen. Zuerst steht da: „Opfer der Zivilbevölkerung" und dann kommen ein paar Namen von Männern, Frauen und Kindern. Man kann sich das so gut denken. Wie an dem schönen, hellen Sommertag die fremden Soldaten in die kleine Stadt einzogen. Wie die Granaten die Häuser in Trümmer schossen und die Kugeln gegen die Gartenmauern prallten. Sie haben es sicher nicht gleich begriffen. Und statt in die Keller zu laufen, hat vielleicht eine Frau aus dem Fenster gesehen, ein kleiner Junge sich auf die Straße verirrt, ein alter Mann fand nicht schnell genug die nächste Haustür. Nun stehen sie hier auf der Gedenktafel, draußen sind ihre Gräber voll Sommerblumen. Und zuweilen sagt eine Mutter: „Ja, wenn damals das Unglück nicht gewesen wär' mit unserem kleinen Jaquot!"

Es ist noch eine andere Abteilung auf der Gedenktafel. Darüber steht: „Als Geiseln erschossen." Und darauf stehen fünf Namen von Männern und Familienvätern aus Senlis. Ihr wißt wohl alle aus der Schule, was das heißt „Geiseln". Als die Deutschen nach Senlis kamen, da fürchteten sie, in der fremdem Stadt und im „Feindesland" könnte man ihnen übel mitspielen. Und da gingen sie in die Häuser und holten sich ein paar Männer heraus, die angesehen waren in der Stadt und Familie hatten: Frau und Kinder. Dann ließen sie bekannt machen: Wenn den Deutschen irgend etwas geschieht, dann werden diese Männer zur Strafe erschossen. Sie haften für unsere Sicherheit. Da stelle ich mir nun vor, wie ein Kaufmann herausgeholt wurde hinter seinem Ladentisch, und wie die Frau erschrocken war und anfing zu weinen. „Du mußt dir nichts draus machen, Marie," sagte er, „es wird ja wohl nicht lange währen. Wir sind ja friedliche Leute. Das werden die Deutschen bald merken. Vater wird dir helfen im Laden aufpassen. Und sorg' nur gut für die Kinder. Halte sie im Hause, daß sie nichts von der Sache zu sehen kriegen." Und dann küßte er sie noch einmal, ehe ihn die Soldaten mit aufgepflanztem Gewehr auf die Polizeiwache brachten. Da haben sie dann die Nacht zugebracht. Und dann kam der andere Morgen. Und die Deutschen mußten abziehen. Aber vorher, ich weiß nicht, was da passiert ist, ob jemand sie beschimpft hat, ob wirklich vielleicht aus einer verborgenen Ecke auf sie geschossen worden ist oder ob es nur die Aufregung und die Wut des Rückzuges war — wir Menschen verlieren ja so leicht die Ueberlegung — aber jedenfalls, bevor sie aus der Stadt herausgingen, da holte man die Geiseln aus der Polizeiwache.

Es war ein schöner, heller Augustmorgen. Die Sonne schien, die Bienen schwirrten und die Linden dufteten. Auf dem Platz vor der Kirche standen die deutschen Soldaten. Und sie drängten die Frauen und Kinder zurück, die überall aus den Häusern und Gäßchen kamen. Nur eine Frau, die ließ sich nicht zurückdrängen. Die brach durch die Soldaten und faßte einen der Männer um den Hals, die an der Mauer standen: „Marcel, dürfen sie dir das antun?" Dann wird er sie wohl noch einmal gestreichelt und in den Arm genommen haben. „Niemand kann sie hindern, Marie. Das ist der Krieg, Gräm' dich nicht so. Ich hätt' auch draußen fallen können. Vater wird dir helfen und auch Bruder Maurice, wenn er aus dem Felde zurückkommt. Und nun geh und nimm die Kinder mit, daß sie nicht sehen, was jetzt kommt." Und dann hat er noch einmal zwei Kinder geküßt, die sich an ihn drängten und gar nicht wußten, was mit ihrem Vater geschah. Und ein alter Mann hat die Frau bei der Hand genommen. Und ein paar Nachbarinnen nahmen die Kinder in den Arm. Und ehe sie noch um die Kirchenecke gekommen waren, da knallten ein paar Schüsse, und die Tauben auf dem Kirchendach flogen erschrocken hoch. Als sie sich wieder niederließen, waren die Deutschen fort. Was sie zurückließen, waren die zertrümmerten Häuser, eine blutige Stelle an der Kirchhofsmauer und ein paar Häuser, in denn man weinte um den Vater. Es waren sicher keine besonders schlechten Menschen, die deutschen Soldaten, die diese friedlichen Männer töteten. Sie glaubten wahrscheinlich, sie müßten das tun „um des Vaterlandes willen". Und wenn es wieder Krieg wird, dann kann jeder von euch gezwungen werden, dasselbe zu tun.

Daran dachte ich, als ich vor der Gedenktafel in Senlis stand. Aber der junge Franzose, der mich dorthin geführt hatte, faßte mich bei der Hand und sagte leise: „Genossin, wir werden dafür arbeiten, daß es sich nicht wiederholt."



Kattowitz — Welle 422.

Donnerstag. 16.40: Berichte. 17: Vortrag. 18: Literaturstunde, übertragen aus Wilna. 19,20: Englische Lektüre. 19.50: Vortrag. 20:30: Abendkonzert. Anschließend: Berichte und Tanzmusik.

Krakau — Welle 422.

Donnerstag. 17: Schallplattenkonzert. 17.25: Für die Frau. 18: Programm von Wilna. 1930: Vortrag. 20.15: Uebertragung aus Warschau.

Posen Welle 344,8.

Donnerstag. 7: Morgengymnastik. 18: Literaturstunde, übertragen aus Wilna. 19: Vorträge. 20.05: Orgelkonzert. 20.30: Abendkonzert. Anschließend die Berichte.

Warschau — Welle 1111,1.

Donnerstag. 13 wie vor: 17: Vortrag. 17.25: Stunde der Frau. 18: Literaturstunde, übertragen aus Wilna. 19.30: Vortrag. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. Anschließend die Abendberichte und Uebertragung von Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 329,7. Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuchs- und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Donnerstag, 26. Juli. 16,00—16,30: Stunde mit Büchern. 16,30—18,00: Uebertragung aus dem Kaffee „Goldene Krone", Breslau: Unterhaltungskonzert. 18,00—18,25: Abt. Welt und Wanderung. 18,25—18,50: Englische Lektüre. 19,25—19,50: Abt. Wohlfahrtspflege. 19,50—20,15: Reisebilder. 20,30: Kammerkonzert. 22,00: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Mittwoch, den 25. d. Mts., Gartenfest. Wiederum laden wir alle unsere Mitglieder, sowie Parteigenossen und -Genossinnen dazu herzlichst ein. Mitgliedsbücher sind nach Möglichkeit mitzubringen. Bei ungünstigem Wetter wird die Veranstaltung verschoben.

Versammlungskalender

Kattowitz. Freie Turner. Am Donnerstag, den 26. d. Mts., findet abends 8 Uhr im Zentralhotel unsere fällge Versammlung statt. Mitglieder erscheint pünktlich, da auf der Tagesordnung wichtige Punkte stehen. Parole ist: Auf zum Sportfest nach Bielitz am 4. August d. Js.

Königshütte. D. S. A. P. Am Freitag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses die fällige Monatsversammlung der D. S. A. P. statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste willkommen. Referent zur Stelle.

Königshütte. Die Kassierer der freien Gewerkschaften, die dem Ortsausschuß Königshütte angeschlossen sind, werden ersucht, die Kartellbeiträge für das 2. Quartal so bald wie möglich an den Kartellkassierer Kollegen Dzumbla, ul. Krzyzowa 2a, abzuführen.

Königshütte. Ortsausschuß. Am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet im Volkshaus eine Sitzung des Ortsausschusses statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen sämtlicher Delegierten wird gebeten.

Nikolai. Achtung Gewerkschaften vom Bezirk Pleß. Am Sonntag, den 29. Juli um 10½ Uhr vormittags findet eine gemeinsame Sitzung der engeren Ortsgruppenvorstände vom Bergarbeiter- und Metallarbeiterverband aus Ober-Lazisk, Mittel-Lazisk, Orzesche, Kostuchna und Nikolai zwecks Gründung des Ortskartells im bestimmten Lokal statt. Referent Koll. Nietsch. Treffpunkt der Delegierten sowie des Referenten am Nikolaier Bahnhof um 10,15 Uhr vormittags.